



Progressives Bündnis

für einen klimagerechten und sozialen Kanton Zürich

in den
Regierungsrat
12.2.2023



Anne-Claude
Hensch
AL, neu

Martin
Neukom
Grüne, bisher

Priska
Seiler Graf
SP, neu

Jacqueline
Fehr
SP, bisher

Besetzt!
**Aktivismus auf
dem Stunden-
plan**
S. 03

Im Gespräch
**Gewählt – aber
nicht vor Hass
geschützt**
S. 12 – 13

Melina Mercouri-Hommage
**Brandrede für
die Bedeutung
von Kulturgut**
S. 22



Tim Haag



Empowerment



Während die Projektion auf das Bundeshaus anlässlich der Feierlichkeiten zu 50 Jahren Frauenstimmrecht vor zwei Jahren naturgemäss erst spät abends zu sehen war, kann ihre Umkonzeptionierung für eine Indoorprojektion, wie sie jetzt im Schweizerischen Landesmuseum zu sehen sein wird, ihre Wirkmacht von der Tageszeit unabhängig entwickeln (Dauer: 20 Min.). Ihr Inhalt ist der lange Weg, also die Geschichte der Pionierinnen, der Streitbarkeiten und Rückschläge bis hin zur stimmenmehrheitlich verbrieften Einführung 1971 des allgemeinen Frauenstimm- und -wahlrechts. Für gewöhnlich löst das Wiedersehen mit komprimierter Geschichte eines hart und lang errungenen Erfolges ein kämpferisches Wohlgefühl, neudeutsch Empowerment aus. Und wenn zwei Monate lang klar ist, wo dies zu holen ist, dürfte sich ein Tag finden, an dem exakt dieser dringend benötigte Energieschub gefühlt lebensrettend wirkt. froh.

«Kraftakt Frauenstimm- und -wahlrecht: Hommage 2021», bis 16.4., Landesmuseum, Zürich.

Entwicklung

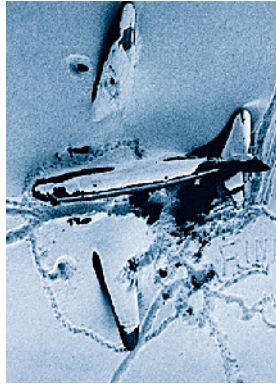


Leon Polk Smith, «Constellation Up and Away», 1970, Polk Smith Foundation, Lisson Gallery, Pro Litteris

Leon Polk Smith (1906 – 1996) wuchs als zweitjüngstes Kind einer nordamerikanisch-indigenen Grossfamilie in Oklahoma auf und wurde im Erstberuf Lehrer. Seine Berufung indes fand er in der Kunst, konkreter: im gestrengen Konzept von Piet Mondrian und dessen Einsatz von Grundfarben. Der Ankündigung gemäss ist in der retrospektiv aufgebauten Ausstellung von Sabine Schaschl «Going Beyond Space» gut herauslesbar, wie sich Leon Polk Smith von der Orientierung an dieser gottähnlichen Kunstgrösse emanzipierte. Dessen striktes Verständnis vor Augen, entwickelte er einen weit weniger eng gefassten, ergo spielerischeren Kunstbegriff. Mondrians Einfluss soll trotz seines Ausbrechens aus dem Quadrat erkennbar sein, obschon er vergleichsweise wilde Wege einschlug und ganze Serien runder Gemälde schuf. Sein Status in den USA und seine Bekanntheit in Europa verhalten sich bislang zueinander wie Tag und Nacht. froh.

Leon Polk Smith: «Going Beyond Space», bis 7.5., Haus Konstruktiv, Zürich.

Fliegen



Den grössten Menschheitstraum der eigenen Flugfähigkeit stellt das SENTrio in «Bruchlandung» überhaupt nicht in Abrede, sondern nimmt sogar eine historisch verbriefte Rettungsaktion für die Überlebenden eines Flugzeugabsturzes in den Berner Alpen kurz nach dem Zweiten Weltkrieg zum Anlass, aufgrund dieser weitherum gefeierten pionierhaften Heldentat Fragen aus dem Heute zu entwickeln, die damals vergleichbar im Raum standen, deren Beantwortung sich zwischenzeitlich aber deutlich verkompliziert hat. Das SENTrio sind Jens Nielsen (Text), Ulrike Andersen (Gesang) und Hans Adolfsen (Piano), und ihre bisherigen Lehrstücke hatten sich vielmehr der Dialektik als der Didaktik verschrieben, was das Tor für weitläufige Betrachtungen erfreulich gross(-zügig) aufstösst. Denn im Assoziationsfeld von Aufstieg und Fall finden sich letztlich Anregungen zu beinahe sämtlichen Fragen des Daseins, also auch des Träumens. froh.

«Bruchlandung», Mi, 15. bis Fr, 17.2., 20h, Theater Ticino, Wädenswil.

Spieltrieb



Eran Hilleli «Chantlings», 2022

Damian Fopp und Maike Thies versammeln im Museum für Gestaltung einen Rundumblick auf die zeitgenössische Gamekultur mit Fokus auf die Designprozesse und Arbeitsmethoden. Ziel ist eine differenzierte Betrachtung der Facetten und Qualitäten des Mediums, das längst vom Nischendasein zum Massenphänomen geworden ist, also auch die drängendsten aktuellen Themen spiegelt: Klima, Migration, Diversity, Wechselwirkung Mensch-Maschine. Und natürlich lassen sich zahlreiche der versammelten Exponate auch vor Ort spielen, was den Erkenntnisgewinn nachweislich erhöht. Fitness, Antikrieg, Paarverhalten, Renaturierungen und natürlich Parallelwelten (inkl. von den Multis unabhängige Kommunikationskanäle) – die Inhalte haben das Vorurteil gegenüber der Shoo-terlastigkeit der Industrie längst erfolgreich überwunden, was auch eine Veränderung der Fragestellungen erfordert. froh.

«Game Design Today», 17.2. bis 23.7., Museum für Gestaltung, Campus Toni, Zürich. Vernissage: Do, 16.2., 19h, ebenda.

Schwingen



Hitzigraphyl

Der Schwinget gehört standhaft zu den massentauglichsten Ereignissen überhaupt. Die Vorliebe für wie das Vorurteil gegenüber dieser Direktkontaktsportart verhaften indes stoisch in ihrem jeweiligen Klischee. Das geht bis zur regelrechten Verpolitisierung. Die Choreographin Johanna Sofia Heusser befindet den Sport als ausreichend sprudelnden Quell für eine darüber hinausgehende, befragende Herangehensweise. Zementiert dieses regulierte Raufen tatsächlich ein einseitiges Männerbild, und wenn ja, wie lautete ein Ansatz, der einen performativen Aspekt vor den Urzeitmenschentrieb als primäres Interesse herausarbeiten könnte? «Dr Churz, dr Schlugg und dr Böös» ist das Experiment, etwas extrem klassisch Konnotiertes daraufhin zu überprüfen, inwieweit der sportive Akt von einem Schubladendenken losgelöst gedacht und umgesetzt werden kann. Und natürlich auch, ob das grundsätzlich was ändert. froh.

«Dr Churz, dr Schlugg und dr Böös», Fr/Sa, 17./18.2., 20h, Theater am Gleis, Winterthur.

Kanti-Besetzung sorgt für rote Köpfe

Am Dienstag besetzten Schüler und Studentinnen die Kantonsschule Enge, um für ein ökologisches und soziales Bildungssystem zu demonstrieren. Die Aktion verlief friedlich, der Unterricht konnte uneingeschränkt stattfinden. Trotzdem fordern die bürgerlichen Parteien den Rücktritt des Rektors.

Tim Haag

«Willkommen an der Schulbesetzung», begrüsst ein Plakat Schülerinnen, Lehrpersonen und Journalisten, die am Dienstagmorgen in die Eingangshalle der Kantonsschule Enge strömen. Mitglieder des Kollektivs «Erde Brennt» haben das denkmalgeschützte Schulhaus auf dem Freudenberg okkupiert und mit zahlreichen Transparenten ihre – breit gefächerten – Forderungen an Schule, Staat und Bildungsdirektion klargemacht: «Erde brennt, Schule pennt», «Schulische Hierarchien brechen» oder «Burn down the Cis-tem» lauten die Parolen, die bunt von Fenstersimsen und über den Saal gespannten Schnüren hängen. Erde-Brennt-Sprecherin Nora präzisiert: «Wir leben in einer Welt voller Krisen: Klimakatastrophe, Krieg, Pandemie oder die sich verschlechternde mentale Gesundheit.» Besonders Jugendliche seien von diesen Krisen betroffen, sie fänden aber im Unterricht viel zu wenig Platz. «Und wir fordern, dass dafür endlich Platz geschaffen wird», so die 17-jährige Kantischülerin. Mehr Platz, das heisst beispielsweise eine Einführung des Fachs Zeitgeschichte oder die Aufstockung psychosozialer Angebote für Schülerinnen und Schüler.

Schule vorbereitet, Steiner nicht

Die Kantonsschule Enge ist auf die Aktion gut vorbereitet – schliesslich hat «Erde Brennt» in den vergangenen Wochen auf Social Media mächtig die Werbetrommel für die Besetzung gerührt. Man setzt auf Dialog, lässt den Aktivistinnen und Aktivisten Raum, um die geplanten Workshops und Vorträge durchzuführen. So werden am Dienstag am Boden der Eingangshalle Transparente gemalt, Journalistin und Aktivistin Anna Rosenwasser moderiert ein queerfeministisches Plenum und Juso-Präsident Nicola Siegrist referiert zum Thema «Wieso die institutionelle Politik an der Klimakrise scheitert».

Ausserdem ist Bildungsdirektorin Silvia Steiner eingeladen. Die Mitte-Regierungsrätin bleibt der Aktion jedoch fern – aus terminlichen Gründen, wie sie per E-Mail an die Organisatoren und Organisatorinnen verlauten lässt. Sie stelle sich an einem anderen Tag aber gerne der Kritik der AktivistInnen. Das Mittagessen, Penne mit Tomatensauce und

Kichererbsensalat, ist gratis – dafür solle man aber auch am darauffolgenden Infoplenum teilnehmen, fordert eine Aktivistin die KantischülerInnen per Megafon auf. Dort wird demokratisch das weitere Vorgehen besprochen: Soll man am Abend die Besetzung beenden oder versuchen, so lange wie möglich in den Schulzimmern zu bleiben? Eine Verschiebung in die Aula, wie sie die Schulleitung vorschlägt, wird schnell abgewinkt, ebenso der Vorschlag, von der Enge aus in andere Kantonsschulen zu expandieren – dafür sei der logistische Aufwand dann doch zu hoch. Nach einigen Abstimmungen ist der Plan klar: Die Aktivistinnen und Aktivisten wollen über Nacht in den Schulzimmern ausharren und diese erst am Mittwochmittag wieder für die Maturaarbeitspräsentationen freigeben.

In den anderen Klassenzimmern findet indes der Unterricht ungehindert statt, wie Rektor Moritz Spillmann bestätigt – entgegen einer eilig abgesetzten Medienmitteilung der SVP, in der es heisst, Schülerinnen und Studierende hätten «den Unterricht lahmgelegt» und dass solchen Aktionen «umgehend Einhalt zu gebieten» sei. Auch sonst ist das Echo der Besetzung in der Politik – wohl auch bedingt durch den bevorstehenden Wahlsonntag – laut: So spannt die Junge GLP Zürich mit den Jungparteien der SVP, Mitte und Freisinnigen zusammen und veröffentlicht eine gemeinsame Medienmitteilung: Man sei empört über die Besetzung und das Verhalten der Schulleitung und Lehrerschaft, die «zum Teil aktiv am Geschehen» mitmache. Das sieht auch die Zürcher FDP so und fordert gar den Rücktritt Spillmanns.

«Ein Polizeieinsatz wäre nicht verhältnismässig gewesen»

Der Rektor begründet das Vorgehen seiner Schule so: «Unsere Strategie war, die Besetzung deeskalierend, ohne Gewalt und unter Sicherstellung des Schulbetriebs zu tolerieren.» Deshalb habe man den Dialog mit Aktivistinnen und Aktivisten gesucht und ihnen einige Klassenzimmer für Workshops und Vorträge bereitgestellt. «Inhaltlich habe ich für gewisse Themen durchaus Verständnis», findet der Alt-Kantonsrat der SP, «besonders da, wo es um Themen wie Leistungsdruck oder Gesundheit der Schülerinnen und Schüler geht.» Spillmann kritisiert aber, dass das Bild, das von der Schule skizziert werde,

nicht ganz korrekt sei: «Der Klimawandel ist im Unterricht selbstverständlich ein Thema, und auch bezüglich Ausbau der Schulsozialarbeit haben wir viel Aufwand betrieben.» Ausserdem stört sich der Rektor daran, dass die Schule für «Forderungen, die eigentlich nichts mit der Schule zu tun haben, instrumentalisiert» werde. «Eine Eskalation mit Polizeieinsatz», so Spillmann, «wäre für die 1100 Schülerinnen und Schüler im Schulgebäude aber gefährlich und aufgrund der begrenzten Dimension des Protestes nicht verhältnismässig gewesen.»

Bürgerliche Empörung

Das will Hans-Jakob Boesch, Präsident der Zürcher FDP, nicht so stehen lassen: «Der Rektor hat den Aktivistinnen und Aktivisten quasi den rot-grünen Teppich ausgerollt und damit den im Gesetz festgeschriebenen Grundsatz der politischen Neutralität an Schulen verletzt. Und wenn ein Schulleiter ein Problem mit diesem Grundsatz hat, hat er in seinem Beruf nichts verloren.» Er mutmasst, dass die Reaktion Spillmanns wohl sehr viel härter ausgefallen wäre, wenn Personen vom anderen Ende des politischen Spektrums an der Kanti eine ähnliche Aktion durchgeführt hätten, beispielsweise die Junge SVP zur Ausländerkriminalität und Zuwanderung. Notfalls hätte Boesch eine Auflösung der Aktion durch die Polizei begrüsst: «Wenn wir solche Aktionen mit der Begründung der Deeskalation tolerieren, ist das der Anfang einer Diktatur, in der der Stärkere die Richtung vorgibt und alle anderen ihre Meinung nicht mehr äussern dürfen.» Dass anscheinend die Gefahr einer Gewalteskalation bestand, zeige aber auch, dass es sich keinesfalls um friedliche Demonstranten gehandelt habe, die den Dialog mit Andersdenkenden gesucht hätten, sondern um gewaltbereite Aktivisten, die ihrer politischen Haltung notfalls auch mit roher Gewalt Gehör verschafft hätten.

Zur Eskalation kommt es glücklicherweise am Ende nicht: Die Schülerinnen und Studenten akzeptieren nach einigem Hin und Her die Forderungen des Rektorats und verlassen das Gelände am Dienstagabend. Ein versöhnlicher Schluss, mit dem alle zufrieden sind, finden beide Parteien. Einziger Wermutstropfen für die Aktivistinnen und Aktivisten: Der auf 22 Uhr angesetzte Häkel- und Strickworkshop muss abgesagt werden.

Den MIV verbessern

Der Zürcher Kantonsrat genehmigte einen Rahmenkredit für 50 Millionen Franken zur Verbilligung von Ladestationen für E-Autos und ist bereit, in einen Autobahntunnel viel Geld zu investieren, der dem Winterthurer Quartier Töss eine Zukunft schenkt und die Töss wieder zu einem Fluss macht.

Koni Loepfe

Wir wollen den motorisierten Verkehr «erstens vermindern, zweitens verlagern und drittens verbessern», führte Felix Hoesch als Sprecher der SP zu einem Rahmenkredit von 50 Millionen Franken aus, mit dem bis 2026 (und wohl darüber hinaus) Ladestationen vor allem in Mehrfamilienhäusern und bei Stockwerkeigentümern mit bis 500 Franken pro Ladegerlegenheit verbilligt werden sollen. Mit dieser Vorlage bewegte sich der Rat nach Felix Hoesch in der Kategorie «Verbessern», und die Begeisterung der linken Ratsseite (Klimaallianz kann man schlecht sagen, da die EVP mit Feuer dahinter stand) hielt sich in Grenzen; eine Minderheit der Grünen sagte Nein. Dafür wählte sich der Freisinn im siebten Himmel: «Das ist eine Anschubfinanzierung und keine Subvention», ratterte Barbara Franzen für die Partei zum letzten Mal in die recht kühle Halle 9 der Züspa. Na ja, wenn sie das so findet, lassen wir ihr die Freude. Für Normalsterbliche oder Nichtfreisinnige erhalten die ach so geplagten BesitzerInnen von Mehrfamilienhäusern und die armen BewohnerInnen von Stockwerkeigentum einen Beitrag an eine Investition, die sie grundsätzlich über kurz oder lang so oder so leisten müssten. Die Begründung in Zahlen lieferte die ebenfalls freisinnige Regierungsrätin Carmen Walker Späh: «Bei einer halben Million privaten Parkplätzen sind nur deren 11000 mit Ladestationen ausgerüstet. Der Wandel in der Mobilität zum Elektroauto muss schneller gehen, und ich will mit einer Anschubfinanzierung handeln.» Mit 500 Franken beglückt werden können auch öffentliche Parkplätze und bidirektionale Stationen (also jene, die in den Autobatterien auch Strom speichern und wieder abgeben können) sowie Gemeinden, die Stationen einrichten. Man geht davon aus, dass rund 80 Prozent der Beiträge an private Liegenschaften gehen. Möglich sind auch Ladestellen für Wasserstoff.

Da der elektroautokritische Teil der Grünen Partei sich auf ein stummes Neinstimmen beschränkte, blieb es der SVP vorbehalten, die angebrachten Gegenargumente zu präsentieren. Christian Lucek fand, dass hier etwas subventioniert werde, das auch ohne Subventionen in Gang komme. René Isler erinnerte daran, dass technisch derzeit mehr als drei La-

destationen in einem Haus gar nicht möglich seien und dass mit den Elektroautos vor allem schwere Wagen gefördert werden. Jörg Kündig (FDP) hatte es schwer. Seiner FDP war diese Finanzierung sehr wichtig, als Präsident der Gemeindepräsidenten musste er den gegenteiligen Standpunkt vertreten. Die Gemeinden legen keinen Wert auf eine zusätzliche Aufgabe und finden den Zeitpunkt mit der Strommangelge alle andere als ideal. Er entzog sich dem Dilemma, indem er klar den Standpunkt der Gemeinden vertrat und während der Abstimmung das stille Örtchen aufsuchte.

Einiges zu reden gab noch die Finanzierung aus dem Strassenfonds. Barbara Franzen (FDP) hätte lieber eine Finanzierung aus den allgemeinen Staatsmitteln gesehen, da sie befürchtet, dass das Geld im Strassenbau knapp wird. Christian Lucek (SVP) stört sich daran, dass die Halter von Elektromobilen, die weder mit der Benzinabgabe noch mit der Motorfahrzeugsteuer in den Strassenfonds etwas zahlen, daraus nun noch zusätzlich finanziert werden. Die Bevorzugung der Elektrofahrzeuge sei politisch gewollt, erwiderte ihm Daniel Sommer (EVP), da sie die Umgebung weniger belasten und dem Klima weniger schaden.

Stadtsanierung im Grossen

Die Autobahnumfahrung von Winterthur ist derzeit der grösste Engpass im Schweizer Strassennetz. Ist die A 1 hier verstopft – und das ist sie oft –, weichen viele auf die Strassen in Winterthur aus, so dass dann auch die Stadt verstopft ist. Der Autobahnbesitzer Bund reagierte wie immer: mit einem Projekt einer Verbreiterung der A 1 im Raum Winterthur von vier auf acht Spuren. Die Stadt präsentierte dazu einen Alternativvorschlag, der sowohl beim Regierungsrat als auch bei der zuständigen Kantonsratskommission Zustimmung fand und der, so zumindest der Stand der Dinge, beim Astra die Bereitschaft findet, ihn ernsthaft zu prüfen. Voraussetzung dazu ist ein entsprechender Eintrag in den kantonalen Richtplan, um den es am Montag in der Ratssitzung ging.

Die Idee ist einfach: Auf einer Länge von gut zwei Kilometern beim Quartier Töss wird die bestehende Autobahn, die heute das Quartier Dätttau abschneidet, in einen Tunnel beim Hügel Ebnet verlegt. Dadurch wird das Areal der jetzigen Autobahn frei für eine

Stadtsanierung im grossen Stil. Es gäbe nach den vorliegenden Berechnungen Raum für bis zu 6000 zusätzliche Arbeitsplätze und Wohnraum für 5300 Personen. Dazu wäre Dätttau wieder mit der Stadt verbunden, es entstünde eine neue S-Bahn-Haltestelle und die Töss, die heute versteckt fliesst, könnte sich zu einem oberirdischen Gewässer entwickeln und einen Beitrag ans Biosystem und an die Naherholung liefern.

Diese Stadtsanierung im grossen Stil hat ihren Preis: Erstens kostet sie. Das Astra rechnet für das konventionelle Projekt mit sechs Spuren mit 1,2 Milliarden Franken und einem Baubeginn 1932. Wieviel der Tunnel kosten würde, ist noch schwer zu sagen, aber es dürfte wohl gegen die 2 Milliarden Franken gehen. Es ist klar, dass der Kanton und die Stadt an die Zusatzkosten mindestens einen essenziellen Beitrag leisten müssten. Dies sei, so Thomas Wirth (GLP), kein so grosses Problem. Man müsse einfach bei der Sanierung entstehenden neuen Flächen den Mehrwert abschöpfen. Dass es zu einer zeitlichen Verzögerung kommen wird, bestritt niemand. Darum stellten SVP und FDP den Antrag, man solle vom Astra die Tunnelvariante lediglich prüfen lassen und sie noch nicht als Zwischenlösung in den Richtplan eintragen lassen. «Nehmen wir lieber den Spatz in der Hand, damit Winterthur rasch entlastet wird», fand Ulrich Pfister (SVP). Sein Vorschlag ist allerdings nur bedingt logisch, da er und auch Barbara Franzen (FDP) sich nicht grundsätzlich gegen einen Tunnel wehren. Ob der Auftrag für den Tunnel nun verbindlich oder nur zur Prüfung erteilt wird, ändert an der Dauer für die Abklärung nichts. So oder so verschiebt sich der Baubeginn nach hinten.

Die Klimaallianz nimmt den Ausbau der Strassenkapazität im Vergleich zum Gewinn bei der Stadtentwicklung als das kleinere Übel in Kauf. Zumal die Winterthurer Politik samt SVP dahinter steht und die Bauvorsteherin Christa Meier (SP) sich dafür stark einsetzte: Ob gerade noch rechtzeitig oder auf Drängen, überlassen wir der Winterthurer Historie.

Sicher ist eines: Während diese Verbesserung für den motorisierten Verkehr mit einer Kompensation kombiniert ist, die wirklich Sinn ergibt, trifft dies für die 50 Millionen Franken für die Ladestationen nur mit dem Schliessen beider Augen zu.

Goldene Fallschirme, grüner Teppich

Der Zürcher Gemeinderat hat sich mit goldenen Fallschirmen und dem Filmfestival mit dem grünen Teppich befasst und ein Postulat überwiesen, das dafür sorgen helfen soll, dass alle Anspruchsberechtigten ihre Krankenkassenprämienverbilligung bekommen.

Nicole Soland

An seiner letzten Sitzung vor den Sportferien und gleichzeitig der letzten in der eisgekühlten Halle 9 der Messe Zürich befasste sich der Zürcher Gemeinderat am Mittwochabend mit einer alten Geschichte: Bereits an seiner Sitzung vom 23. März 2022 hatte er über eine Teilrevision der Verordnung über Abgangsleistungen für Behördenmitglieder beraten und diese auch angenommen (siehe P.S. vom 25. März 2022). Statt wie zuvor maximal 4,8 Jahresbruttolöhne (bei unfreiwilligem Abgang nach acht und mehr Amtsjahren) beträgt die höchstmögliche Entschädigung seither noch 1,8 Jahresbruttolöhne.

Per Begleitmotion von Luca Maggi und Roland Hurschler (beide Grüne), die der Rat ebenfalls überwies, kam damals folgendes Begehren durch: Die Verordnung soll nur noch für Mitglieder des Stadtrats gelten. Die übrigen Behördenmitglieder sollten den einschlägigen Bestimmungen des Personalrechts unterstellt werden. Zu dieser Motion arbeitet der Stadtrat aktuell entsprechende Vorlagen aus. Am 12. Mai 2022 wurde nichtsdestotrotz die Volksinitiative der SVP, «Keine goldenen Fallschirme für abtretende Behördenmitglieder», eingereicht. Sie verlangt unter anderem Abgangsentschädigungen nur bei unfreiwilligem Ausscheiden aus dem Amt, nur für Mitglieder des Stadtrats und maximal ein Jahresgehalt.

Zur Vorlage, über die der Rat am Mittwoch zu befinden hatte, erklärte Kommissionspräsident Luca Maggi, die vom Gemeinderat bereits beschlossenen Änderungen seien seit dem 1. September 2022 in Kraft, und für die noch hängige Motion sei die Umsetzungsvorlage auf Ende Jahr angekündigt. Während der «tiefgründigen Behandlung» in der letzten Legislatur habe sich eine deutliche Mehrheit dafür ausgesprochen, dass es auch bei freiwilligem Rücktritt Entschädigungsleistungen geben solle. Dass die Verordnung nur noch für Stadtratsmitglieder gelten solle, sei Gegenstand der erwähnten hängigen Motion und zudem der Gegenvorschlag des Stadtrats zur Initiative. Auch die Höhe der Entschädigungen sei bereits reduziert worden. Die Mehrheit der Kommission lehne deshalb die Volksinitiative ab und heisse den Gegenvorschlag gut.

Martin Götzl (SVP) entgegnete, hohe Abgangsentschädigungen für Behördenmitglieder seien «falsch und gehören abgeschafft». Er erinnerte an die früheren «fürstlichen» Entschädigungen für den «Abzockerclub», zu dem er den ehemaligen Schulpräsidenten Roberto Rodriguez und die ehemalige Stadträtin Claudia Nielsen von der SP sowie die ehemaligen StadträtInnen Monika Stocker von den Grünen und Gerold Lauber von der CVP (heute Mitte) zählte. Was genau daran verkehrt ist, wenn jemand eine Entschädigung erhält, die ihm oder ihr gemäss gültigem, vom Gemeinderat verabschiedeten Reglement zusteht, erklärte er nicht. Dafür ärgerte er sich darüber, dass erst die «wahltaktische» Motion behandelt werde, bevor der Souverän über Initiative und Gegenvorschlag bestimmen könne... was Luca Maggi mit den Worten kommentierte, so viele Falschaussagen in ein Votum zu bringen, sei eine beachtliche Leistung. Man habe die Vorlage im März 2022 extra noch «durchgepeitscht», um nicht jetzt, in der neuen Legislatur, nochmals bei Null anfangen zu müssen. Zudem habe die SVP die von ihr beklagte Verzögerung selbst verursacht. Hans Dellenbach (FDP) fügte an, es komme selten vor, dass er mit Luca Maggi einig sei, doch die Initiative sei zum grössten Teil umgesetzt. Die noch bestehenden Unterschiede seien so klein, dass die Initiative längst hätte zurückgezogen werden müssen. Ivo Bieri (SP) befand, wenn Martin Götzl schon eine Liste mit Personen vorstelle, hätte er am Anfang derselben beginnen müssen: Angeführt werde sie nämlich von einem SVP-Mitglied, das seine Entschädigung von über 900 000 Franken, das Maximum von 4,8 Jahresgehältern, vor Gericht erstritten habe... Nach ausführlicher Debatte lehnte der Rat die Volksinitiative mit 91:30 Stimmen (von SVP und GLP) ab und hiess den Gegenvorschlag mit 121:0 Stimmen gut.

Erhöhung und Verbilligungen

Mehr Geld soll das Zürich Film Festival (ZFF) bekommen: Der Stadtrat hatte für die Jahre 2023–2026 einen wiederkehrenden Beitrag von jährlich 450 000 Franken beantragt. Wie Kommissionspräsidentin Sabine Koch (FDP) ausführte, hatte das ZFF eine Erhöhung des bisherigen Beitrags von 250 000 Franken um 350 000 auf 600 000 Franken beantragt. Der Stadtrat entschied jedoch, dem Gemeinderat eine Erhöhung auf 450 000

Franken beliebt zu machen. In der Kommission passierte dann etwas höchst Ungewöhnliches, wie Stefan Urech (SVP) erklärte: Seine Fraktion beantragte eine Erhöhung um 50 000 auf 500 000 Franken und begründete dies mit dem Thema Filmwissenschaft und dem diesbezüglichen Angebot des «ZFF für Kinder» sowie «ZFF für Schulen» (und damit auch für Lehrer wie Stefan Urech). Nach eingehender Debatte dieser Vorlage sowie zweier Begleitpostulate – von Balz Bürgisser und Monika Bättschmann (beide Grüne) für eine «umwelt- und klimafreundliche Durchführung des ZFF» sowie von Moritz Bögli und Mischa Schiow (beide AL) für die «Unterstützung der in Zürich stattfindenden Filmfestivals mit zusätzlichen Betriebsbeiträgen im ähnlichen Rahmen wie das ZFF» – sprach sich der Rat mit 77:42 Stimmen (von GLP, Mitte-/EVP und Grünen) für die Erhöhung auf 500 000 Franken aus und überwies beide Postulate.

Mit einem dringlichen Postulat verlangten die AL-, Grüne- und SP-Fraktion die «Orientierung und Unterstützung» jener Menschen, die Anspruch auf die Verbilligung der Krankenkassenprämien haben (vgl. auch Seite 10 dieser Ausgabe). Der Stadtrat solle die potenziellen BezügerInnen darauf hinweisen, dass man die Verbilligung fürs 2022 noch bis Ende März 2023 beantragen kann. Walter Angst (AL) führte aus, dass nach einem Systemwechsel fürs Jahr 2022 nur noch 72 Prozent der Berechtigten das neue, komplizierte Formular ausgefüllt und eingereicht hätten. Das sei ein «dramatischer Rückgang» von weit über 100 000 Menschen, die Anspruch hätten. Diese Menschen hätte gleichzeitig ein «sehr grosses Bedürfnis», es seien beispielsweise Armutsbetroffene und MigrantInnen, und sie sollten die Unterstützung auch tatsächlich bekommen. Die diesbezügliche Kampagne der AL zeige Wirkung: Das «Regionaljournal» habe soeben vermeldet, die SVA werde nun allen, die aufgrund ihrer Daten Anspruch hätten, aber kein Gesuch eingereicht hätten, einen Brief schreiben. Damit sei der erste Teil des Postulats erfüllt, doch ein Brief, der darauf verweise, online auf ein kompliziertes Formular gehen zu müssen, reiche nicht. Die Stadt solle nach wie vor «geeignete Massnahmen» einleiten, um möglichst alle zu erreichen. Mit 61:59 Stimmen (von SVP, FDP, GLP, Mitte-/EVP) überwies der Rat das dringliche Postulat.

NACHRUF

Gedenken an Maya Burri

Maya Burri ist zusammen mit einem älteren Bruder und einer jüngeren Schwester in einer Arbeiterfamilie in Zürich-Seebach aufgewachsen. Beide Eltern waren berufstätig, weshalb die Kinder den Hort besuchen mussten. Nach der obligatorischen Schulzeit machte Maya eine Lehre bei der PTT. Von 1963 bis 1976 lebte sie mit ihrem damaligen Ehemann in Argentinien und Spanien. Dort kam auch ihre Tochter Sandra zur Welt. Von 1980 bis 1983 bildete sie sich zur Kindergärtnerin/Hortnerin aus. Diesen Beruf übte sie bis zu ihrer Pensionierung mit grossem Engagement aus. Auch politisch wurde sie schon sehr früh aktiv. Sie begann wie viele als Mitglied der Kreisschulpflege im Schulkreis 9. Im Jahre 1978 trat sie in die SP ein und blieb unserer Partei als Mitglied der SP 12 bis zu ihrem Tod treu. Im Jahre 1990 wurde sie gleichzeitig mit mir in den Gemeinderat von Zürich gewählt. Maya und Vreni Hubmann waren meine engsten politischen Gefährtinnen im Gemeinderat. Maya und ich waren beide Mitglieder der Verkehrskommission und nahmen deshalb schon bald an Exkursionen teil. Eine der ersten führte uns nach Mailand und Bologna. Auf der Zugfahrt nach Mailand lernte ich Maya näher kennen. Sie erzählte von ihrem Leben und ihrem Ferienhaus im Tessin. Schon bald trafen wir uns auch regelmässig privat. Als ich im Jahre 1995 für den Stände- und Nationalrat kandidierte, begleitete Maya mich oft zu Wahlveranstaltungen. Ich durfte mich auch für den bevorstehenden Wahlkampf in ihrem Ferienhaus am Luganersee vorbereiten. Maya musste sich meine Ausführungen über die Landwirtschaft, das Militär, die Bundesfinanzen etc. anhören.

Maya blieb bis 2006 Gemeinderätin. Sie interessierte sich und setzte sich während dieser 16 Jahre für Gleichstellungs-, Bildungs- und gesellschaftspolitische Fragen ein. Auch war ihr die Sicherung des Schulweges sowie der Velowege ein Herzensanliegen. Sie setzte sich erfolgreich für die Einführung von Tempo 30 auf der Buslinie an der Herzogenmühlestrasse ein und konnte mit Esther Maurer diesen ersten Versuch verwirklichen.

Von 1992 bis 2000 war sie Mitglied der GPK, anschliessend der Spezialkommission des Gesundheits- und Umweltschutzes, die sie von 2002 bis 2004 präsidierte. Sie war daneben auch berufspolitisch als Mitglied des VPOD tätig. Erfolgreich machte sich Maya für die Lohnklage der Kindergärtnerinnen und für Blockzeiten im Kindergarten und vieles mehr stark. Auch nach ihrem Rücktritt aus dem Gemeinderat hörte für Maya der politische Einsatz nicht auf. Sie wurde Präsidentin des Quartiervereins Schwamendingen und machte sich unermüdlich für das Quartier stark. Dabei hatte sie praktisch rund um die Uhr ein offenes Ohr für die Bevölkerung. Oft berichtete sie mir von Problemen einer Quartierbewohnerin. Ich bewunderte jedes Mal ihren Einsatz und ihre Geduld.

Maya und ich haben uns seit unserer gemeinsamen Zeit im Gemeinderat regelmässig getroffen. Sie hat mich kulinarisch verwöhnt und gab sich mit meinen rudimentären Kochkünsten zufrieden. Während des ersten Lockdowns tranken wir Tee und Kaffee mit knapp drei Meter Abstand in ihrem wunderschönen Garten. Die Pandemie hat Maya überstanden. Ende Oktober schickte sie mir eine SMS, dass sie sich im Waidspital befindet. Ich rief sie umgehend an und erfuhr leider schon bald, dass sie sehr schwer erkrankt war. Ich besuchte Maya von diesem Zeitpunkt an bis zu ihrem Tod mehrere Male. Letztmals habe ich sie am Sonntag, 18. Dezember 2022, gesehen. Sie war an diesem Tag sehr zuversichtlich, hatte neue Kleider, eine neue Frisur und Pläne, was sie noch alles machen möchte. Hätte ich nicht gewusst, wie krank sie bereits war, hätte ich nichts gemerkt. Um so geschockter war ich, als mir ihre Tochter am 23. Dezember 2022 mitteilte, Maya sei gestorben.

Der Verlust von Maya trifft mich sehr. Ich verliere eine sehr gute persönliche und politische Freundin. Sie hinterlässt auch eine grosse Lücke in der politischen Landschaft. Ihr Einsatz, ihr Verständnis für die sozial Schwächeren wird fehlen. Wir alle sind ihr sehr dankbar und werden sie in guter Erinnerung behalten.

Anita Thanei

IN KÜRZE

Wechsel

Seit Montag ist es offiziell, dass die Intendanz für das Schauspielhaus Zürich per September 2024 neu bestellt wird. Die Leitung also zeitgleich mit jener der Gessnerallee wechselt, wofür die Bewerbungsgespräche aktuell laufen. Vielleicht kommen die Findungskommissionen ja auf die Idee, im Sinne eines weiter gefassten Begriffes von Diversität diese beiden Neubesetzungen in einer Relation zueinander zu denken. froh.

Demenz

Das Gesundheitszentrum für das Alter Kalchbühl will sich neu als die Pflege für Menschen mit Demenz spezialisieren. Dies teilte der Stadtrat am Mittwoch mit. Das Zentrum soll künftig 51 BewohnerInnen Platz bieten. Für die Neuausrichtung des Gesundheitszentrums für das Alter Kalchbühl sind verschiedene bauliche Anpassungen erforderlich. Bis Ende 2023 werden etwa die Absturzsicherungen im Treppenbereich erhöht und Stützhandläufe in den Korridoren angebracht sowie Installatio-

nen für den Weglaufschutz ergänzt. Im parkartigen Aussenbereich entsteht ein Demenzgarten. Zudem soll das Gebäude instand gesetzt werden. Der Stadtrat bewilligt für das Bauvorhaben 1,982 Millionen Franken an neuen Ausgaben für den Umbau sowie 1,668 Millionen Franken an gebundenen Ausgaben für die Instandsetzung. Im Haus der Demenz sollen auch die BewohnerInnen des Gesundheitszentrums für das Alter Doldertal einquartiert werden. Das denkmalgeschützte Gebäude Doldertal kann die Anforderungen an eine zeitgemässe Pflege und Betreuung für Menschen mit Demenz nicht mehr erfüllen. Es soll eine neue Nutzung erhalten. mlm.

Uetliberg

Ein Urteil des Bezirksgerichts Affoltern vom letzten Herbst hat für Aufregung gesorgt. Das Gericht hat einen Bussentscheid gegen zwei Mountainbiker aufgehoben. Sie waren angezeigt worden, weil sie am Uetliberg auf unbefestigten Wegen fuhren. Diese Anzeige wurde von Grün Stadt Zürich aufgrund eines TV-Beitrags erstattet. Die Mountainbiker hatten gegen den Strafbefehl Einspra-

Reklame

GRÜNE
DAS ORIGINAL

JEDE STIMME
ZÄHLT

JETZT GRÜNE LISTE 5 IN DEN KANTONS-
RAT
BASTIEN GIROD, NATIONALRAT

MARTIN NEUKOM WIEDER
IN DEN REGIERUNGSRAT

che erhoben. Das Urteil des Bezirksgerichts räumt ein, dass im Wald sowohl das eidgenössische Strassengesetz wie auch das kantonale Waldgesetz zur Anwendung kommen. Im Strassenverkehrsgesetz wird festgehalten, dass Wege, die sich für das Befahren mit Fahrrädern nicht eignen oder offensichtlich nicht dafür bestimmt sind, nicht befahren werden dürfen. Das Gericht legte die Befahrbarkeit eines Weges aber weiter aus als bisher. Wie diese Auslegung umgesetzt werden soll, liegt nun beim Kanton. Die Wälder der Stadt Zürich, insbesondere jene am Uetliberg, werden intensiv genutzt. Dies führt auch immer zu Konflikten. Für Stadträtin Simone Brander (SP) muss der Wald für alle NutzerInnen zugänglich bleiben: «Die Massnahmen der Stadt zielen darum auf eine Entflechtung der Nutzungen ab, um ein friedliches Neben- und Miteinander zwischen Bike- und Fussverkehr sowie Mensch und Natur zu ermöglichen.» Grün Stadt Zürich ist daher, wie der Medienmitteilung aus der Sitzung des Stadtrats zu entnehmen

ist, nach wie vor der Meinung, dass Mountainbiker die offiziellen Bike-Trails sowie befestigte Wege und Strassen benutzen sollen. mlm.

Geroldswil

Die Direktion der Justiz und des Inneren hat zwei Stimmrechtsrekurse gegen den Versand eines Wahlflyers der FDP mit den amtlichen Wahlunterlagen für die Kantonsratswahlen in Geroldswil teilweise gutgeheissen, wie sie am Mittwoch mitteilte. Sie hat dabei eine Verletzung der Wahl- und Abstimmungsfreiheit der Stimmberechtigten festgestellt. Allerdings hat sie entschieden, die Wahl nicht zu verschieben. Die möglichen Auswirkungen des Versands auf das gesamtkantonale Wahlergebnis seien wahlarithmetisch unerheblich. Die Stimmberechtigten aus Geroldswil seien von der Gemeinde und den Medien über den unzulässigen Versand informiert worden. Die SP Limmattal, die zu den Rekurrentinnen gehört, schreibt in einer Mitteilung, dass sie zufrieden ist, dass dem Rekurs teilweise recht gegeben wurde. «Wir sind sehr zufrieden, dass uns in einem zentralen Punkt recht gegeben wurde und eine Verletzung der Wahl- und Abstimmungsfreiheit festgestellt wurde. Wir werden die Wahlen kommenden Sonntag abwarten und die Wahlresultate wie auch deren Auswirkungen genau überprüfen», so SP-Kantonsrätin Rosmarie Joss. Wichtig sei aber auch für die SP Limmattal, dass es eine transparente Aufarbeitung gebe. Wie kam es zu diesem rechtswidrigen Entscheid? Wer war involviert? Hat der Gemeinderat seine Funktion wahrgenommen oder zu viel in die Verwaltung delegiert? Diese Fragen müssten geklärt werden, ebenso warum die Gemeinde erst Tage später reagiert habe und nur auf Nachdruck der Direktion der Justiz und des Inneren gehandelt hätte. mlm.

IMPRESSUM

P.S., die linke Zürcher Zeitung
Auflage: 2450 Ex.
Herausgeber: P.S. Verlag,
Hohlstrasse 216, 8004 Zürich.
Druck: CH Media Print AG, St. Gallen.

Redaktion: Min Li Marti (mlm.), Tel. 044/241 07 60 (Politik), Nicole Soland (nic.), Tel. 044/241 07 60 (Politik/Produktion), Thierry Frochoux (froh.), Tel. 044/240 44 25 (Kultur/Produktion).

Mitarbeit: Koni Loepfe (kl.), Tel. 044/241 06 70, Peter Weishaupt (pw./Korrektorat), Hans Steiger (haste), Tobias Gerosa (tg.), Arthur Schächli (as.), Hermann Koch (hk.), Matthias Erzinger (me.), Angela Bernetta (net.), Roxane Steiger (rst.), Sergio Scagliola (sca.).

Inserate/Abos:
Anna Hug, Iris Wehrli,
Tel. 044/241 07 60.

anzeigen@pszeitung.ch,
aboservice@pszeitung.ch,
redaktion@pszeitung.ch,
www.pszeitung.ch,
PC-Konto: 87-569389-2
Erscheint seit Februar 1999
wöchentlich

Abopreis: Fr. 230.- (GönnerInnen: ab 300.-), enthält 10 x jährlich die Musikzeitung LOOP. Separat-Abo: 33.-
www.loopzeitung.ch

LESEN & REISEN

Ab ins Reich der Pinguine?

Könnte ja sein, dass wir die ganzseitigen Anzeigen übersehen hätten. Darum schickte der «Tages-Anzeiger» zum trüben Wochenende noch ein farbenfrohes Mail: «Lassen Sie sich von unseren Leserreisen & Hotelangeboten inspirieren.» Da sind die tollen Destinationen, zu denen uns «exklusive» Exkursionen führen würden, nochmals aufgelistet: Chile plus Osterinsel, Schottland-Kreuzfahrt, Südafrika & Namibia, Antarktis ... Also, «erfüllen Sie sich einen Lebenstraum», beobachten sie «im fantastischen Reich der Pinguine» in Seelenruhe die Aufzucht der Jungtiere. «Mit etwas Glück sind auch Wale zu sehen.» Zwischendurch wird es auf der MS Fram nicht nur ein festliches Weihnachtessen geben, sondern auch einen «unvergesslichen» Übergang von 2023 ins kommende Jahr, das mit weiteren Fahrten inmitten «ewigen Eises» beginnt. «Klimaexperte Stephan Bader und Moderator Dani Fohrler sind mit an Bord.»

Das gilt generell. Auch wer sich für die «pittoreske Einsamkeit der wilden Küsten, tiefroten Sanddünen und aufwachenden Blumentepiche» im südlichen Afrika entscheidet, wird von «versierten Experten mit besonderem thematischem Wissen zu Land, Leuten, Fauna und Flora» begleitet. Chile stellt ein langjähriger SRF-Korrespondent vor, der nun dort lebt. Er kennt sich bei «wirtschaftlichen, politischen und sozialen Themen» des Kontinents aus, und ich nehme an, dass er beim dreitägigen Zusatztrip auf die «magische Osterinsel» auch auf das Scheitern einer dort im 17. Jahrhundert in tiefe Krisen geratenen Kultur eingehen wird. Noch ist die Hauptursache umstritten, doch jede Variante könnte heute exemplarisch als Weltmodell dienen. Vermutlich hat der Raubbau an natürlichen Ressourcen eine Störung des ökologischen Gleichgewichts auf der isolierten Insel bewirkt.

Dazu eine mehrjährige Dürre, die Kleine Eiszeit. Oder wurde eine von Siedlern eingeschleppte Ratte zum Verhängnis? Der europäische Einfluss auf die Kultur, ein Stammes- oder Religionskrieg? Dies die von Wikipedia gelieferte Auswahl. Wie für die meisten pazifischen Inseln seien nun die Auswirkungen des weltweiten Klimawandels das zentrale Zukunftsfeld. Aber keine Angst: Traurig dürfte dieser Aufenthalt nicht werden. «Nebst Gesprächen mit einer lokalen Archäologin, Panoramasicht vom Vulkan Rano Kao sowie Moai-Steinskulpturen erwarten Sie einheimisches Flair im Städtchen, Gelassenheit am weissen Korallensandstrand und abends polynesischen Klänge.»

Nun litt ich zum Glück nie so sehr unter «Fernweh», dass mich die dafür offerierte Therapie des touristischen Nebenzweigs der Tamedia reizt. Zudem lese ich die wichtigste Zeitung ihres Gemischtwarenladens, habe sogar «Celsius» abonniert, den Newsletter, der die dort erscheinenden Hintergrundinformationen zu Klima und Wetter zusammenfasst, und so bin ich diesbezüglich stets auf dem neusten Stand. Auch die eindrücklichen Beiträge, die «Das Magazin» zum Wochenende bot, nahm ich betroffen zur Kenntnis – über unsere gestörte, wenn nicht zerstörte Beziehung zu anderen Tieren und allgemein zur Natur. Und war die Warnung von Milo Rau im abschliessenden Interview nicht unmissverständlich? «Veränderung geht langsam,

aber irgendwann ist der Kipppunkt erreicht.»

Für aufmerksame «Leserinnen und Leser», die das Angebot der globalen Aus-Flüge im gegebenen Umfeld irgendwie irritiert, gibt es eine diskrete Fussnote: «Diese

Reise kann CO₂-kompensiert werden.» Kann! Muss nicht ... Grenzenlos heuchlerische Freiheit.

haste

«Diese Reise kann CO₂-kompensiert werden.» Kann! Muss nicht ... Grenzenlos heuchlerisch frei.



Im Auftrag Ihrer Zufriedenheit!

**Umzug
Transport
Einlagerung** ✓✓✓

www.URR.ch ☎ **+41 62 824 04 40**

Ralph Hennecke
in den Kantonsrat

**Du gehst mir nicht am Arsch vorbei!
Ich kämpfe für Dich!**

- sichere Velo- und Fusswege
- Neugestaltung Escher Wyss Platz
- Florierendes Quartier
- Bezahlbaren Wohnraum
- Starkes Gewerbe
- Genügend Parkplätze für alle
- Sichere und günstige Stromversorgung

Für weitere Anliegen
schreibst du mir auf
Kantonsrat.Hennecke@bluewin.ch

**Sichere
Zukunft in
Freiheit**

2 x
auf Ihre
Liste

SCHWEIZER
QUALITÄT
SVP

Les Vignes
EST. 2015

**Europäische Weine
aus nachhaltiger Produktion -
klimaneutral geliefert.
Stöbern Sie in der Weinhandlung
oder im Onlineshop.**

Les Vignes Weinhandlung | Freilagerstrasse 55 | 8047 Zürich
044 542 82 09 | wein@les-vignes.ch | les-vignes.ch

OPER THEATER KONZERT

Werben auch Sie hier für Ihre Veranstaltung:
kulturmagnet.live

OPERNHAUS ZÜRICH

044 268 66 66, opernhaus.ch

Fr 10. Feb., 19.00, Opernhaus

Jewgeni Onegin

Oper von Pjotr Tschaikowski

Sa 11. Feb., 20.00, Opernhaus

On the Move

Choreografien von Christian Spuck,
Louis Stiens und Hans van Manen

So 12. Feb., 11.15, Opernhaus

Rachmaninow zum 150. Geburtstag

Philharmonisches Konzert

19.00, Opernhaus

Roberto Devereux

Oper von Gaetano Donizetti

THEATER

SCHAUSPIELHAUS ZÜRICH

044 268 77 77, schauspielhaus.ch

Fr 10. Feb., 18.30, Schiffbau-Foyer

enterspaces: **BIPoC bei Monkey Off My Back or**

The Cat's Meow. 19.30, Schiffbau-Halle

Monkey Off My Back or The Cat's Meow

von Trajal Harrell & Schauspielhaus

Zürich Dance Ensemble. 20.15, Schiff-

bau-Box. **Depois do silêncio (Nach der Stille)**

nach *Die Stimme meiner Schwester*

von Itamar Vieira Júnior

Sa 11. Feb., 14.00, Schiffbau-Matchbox

Offene Bühne. 20.00, Pfauen. **Ich chan es**

Zündhölzli azünde von Fatima Mounouni

und Laurin Buser. **Premiere.** 19.30,

Schiffbau-Halle. **Monkey Off My Back or The**

Cat's Meow von Trajal Harrell & Schau-

spielhaus Zürich Dance Ensemble

20.15, Schiffbau-Box. **Depois do silêncio**

(Nach der Stille) nach *Die Stimme meiner*

Schwester von Itamar Vieira Júnior

So 12. Feb., 15.00, Pfauen. **Schwestern**

nach Anton Tschechow. 16.00, Schiff-

bau-Box. **Depois do silêncio (Nach der Stille)**

nach *Die Stimme meiner Schwester*

von Itamar Vieira Júnior

BERNHARD THEATER

044 268 66 99, bernhard-theater.ch

Fr 10. Feb. - So 12. Feb., 20.00 / So 18.00

Vollkoffer Komödie mit Erich Vock u.a.

Sa 11. Feb., 15.00 & **So 12. Feb.**, 14.00

Die kleine Hexe nach Otfried Preussler

THEATER AM HECHTPLATZ

044 415 15 15, theaterhechtplatz.ch

Fr 10. - Sa 25. Feb., Mi - Sa 19.30 /

So 18.00. Vier werden Eltern

Di 14. Feb., 19.30. **Baldrian**

Mo 27. Feb., 19.30

Pedro Lenz & Christian Brantschen

KONZERT

TONHALLE-ORCHESTER ZÜRICH

044 206 34 34, tonhalle-orchester.ch, Tonhalle Zürich

Fr 10. Feb., 19.30, TZ

Franz Welser-Möst Leitung

Schubert, Strauss

Fr 24. & Sa 25. Feb., Fr 19.30/Sa 18.30, TZ

Filmsinfonik Frank Strobel, Leitung

«Nosferatu» (D 1922)

Neue Filmmusik von Christopher Young

2022 - **Uraufführung**

So 26. Feb., 11.00, GZ Seebach

Kammermusik für Kinder Blasinstrumente

CAMERATA VARIABLE

079 485 31 29, www.kulturticket.ch

Fr 10. Feb., 19.30, Konservatorium

STAINLESS STEEL: Strawinsky, Penderecki,

Ravel, Antheil, Schleiermacher



Lösungswort Januarrätsel: IDEALLINIE

Waagrecht: 6. NAHRUNGS-AUFNAHME 13. NATIONALMANN-
SCHAFT 18. UNTREU 19. IRR 20. ACKERN 21. VERSTEHEN
22. EICHELN 23. ATE engl. für ass 24. EGNACH 26. ROYAL
28. TALAR 29. LIRE 31. RHB Rhätische Bahn 32. HIE hier, etwa
in Bern 33. INDIO 34. ESOTERISCH 36. FEZ 37. ACTION
38. BEREIST 39. NAMHAFT 40. AGENTIN

Senkrecht: 1. NATURALIEN 2. IGLU 3. PAARE 4. ANSCHIR-
REN 5. DEFNE 6. NASENAFFE 7. ROTTERDAM 8. UNRED-
LICH 9. NAEHE 10. UNRICHTIG 11. ACKER 12. MARNIE 14. IN-
STANZ 15. MINNESOTA 16. NACHBEBEN 17. HELOISE und Ab-
aelard 25. GREIF 27. ACHSE 30. JOTA 31. RON Ronald Reagan
32. HIRTE 35. CINQ à sept, franz. für Happy Hour oder auch für
Schäferstündchen

2 Eintritte für die Ausstellung «Erde am Limit» im Kulturama Zürich (bis 16.7.23) gewonnen hat: Ruth Anderegg Kovarik, Zürich. www.kulturama.ch

1 DVD von Fiona Zieglers Film «Lost in Paradies» gewonnen hat: Kurt Hemmann, Wermatswil. www.frenetic.ch

2 Eintritte für frei wählbare Daten/Vorstellungen im Theater Keller 62 in Zürich gewonnen hat: Lorenz Hurni, Baden. www.keller62.ch

Das Fräulein und die Farce



Ich bin alt genug, mich daran erinnern zu können, wie das «Fräulein» abgeschafft wurde. Auf amtlichen Formularen wurde es bereits Anfang der 1970er-Jahre abgeschafft, also knapp vor meiner Geburt.

Im Sprachgebrauch lebte es aber noch eine Weile weiter, insbesondere in der Beiz, wo man die Serviertochter (die heute auch nicht mehr so heisst) gerne so rief. Es war in den 1990er-Jahren, als das Fräulein auch noch seine letzten Reviere verliess. 1994 schlugen deutsche SprachwissenschaftlerInnen vor, aus dem «Fräulein» eine «Frau Ober» zu machen. Das führte im «Blick» zu eifrigen Diskussionen. W.H. aus Liestal war empört: «Gemäss einer hirnverbrannten Idee aus Deutschland soll die Serviertochter in Zukunft «Frau Ober» heissen. Warum muss alles aus Deutschland importiert werden – selbst der grösste sprachliche Mist?» Barmaid R. fand: «Wer mich so ruft, bekommt nichts zu trinken!» U.B. aus Belp hatte eine pragmatische Lösung: «Ich rufe die Serviertochter immer mit «Müsi» an den Tisch.» 1996 verschwand das Fräulein aus der Amtssprache. Im Leitfaden für die sprachliche Gleichbehandlung der Bundeskanzlei steht klar: «Fräulein wird nicht mehr benutzt, weder in der Anrede noch in der Anschrift oder beim Telefonieren, es sei denn, eine Frau wünsche dies ausdrücklich.» 1996 verschwand auch die Serviertochter. Das Bundesamt für Industrie, Gewerbe und Arbeit änderte die Berufsbezeichnung in Servicefachangestellte.

Das Fräulein wurde also abgeschafft und ist seither grossmehrheitlich verschwunden. Und wird kaum vermisst. Die Gesellschaft verändert sich und die Sprache auch. Dieser Prozess ist mal langsam, mal schnell und manchmal, wenn man eigentlich denkt, man sei angekommen, beginnt der Prozess wieder von vorn. Vor ein paar Jahren sagte mir ein SVP-Gemeinderat, dass ihm geschlechtergerechte Sprache wichtig sei. Worauf ich dachte, diese Schlacht sei geschlagen.

Zu früh gefreut. Um Marx zu paraphrasieren, ereignen sich alle grossen Ereignisse der Weltgeschichte zweimal, einmal als Tragödie und dann als Farce. Und so fühlt man sich denn auch ein wenig, wenn man beispielsweise ein Interview von SVP-Natio-

nalrätin Esther Friedli liest, wo sie über den Woke-Wahnsinn klagt, aber ihr beim besten Willen kein konkretes Beispiel dazu einfällt. Oder wenn SVP-Gemeinderätin Susanne Brunner für eine Initiative sammelt, die der Stadtverwaltung Zürich den Gebrauch des Gendersterns verbieten will. Selbst wenn man kein Fan des Gendersterns ist, sollte man sich fragen, ob es wirklich stufengerecht ist, über amtsinterne Leitfäden eine Volksabstimmung durchzuführen. Bereits 2001 wehrte sich die SVP gegen die Sprachleitfäden der Stadtverwaltung – damals ging es noch ums Binnen-I – mit einem Vorstoss, der wollte, dass «sichergestellt werden kann, dass sich die Stadtverwaltung künftig in schriftlichen Dokumenten eines grammatisch und orthographisch korrekten Deutsch gemäss Duden bedient».

Die Sprachdebatte hat nun aber ein zusätzliches Element erhalten. Kritisiert wird seit einigen Jahren, dass eine sprachliche Gleichbehandlung von Männern und Frauen nicht inklusiv ist, weil sie auf eine Binarität der Geschlechter abzielt. Wer sich hier nicht eindeutig verorten kann oder will, ist also nicht sichtbar. Darum wurden andere Schreibweisen vorgeschlagen wie der Gendergap (Leser_innen), Genderstern (Leser*innen) oder der Doppelpunkt (Leser:innen). Und seither hat die Sprachdebatte wieder einiges an Gehässigkeit gewonnen. Erschwerend dazu kommt, dass diese Debatte (mindestens im NZZ-Feuilleton) sehr deutsch geprägt ist. Wobei vergessen wird, dass dort das generische Maskulinum – also die konsequente Verwendung der männlichen Form – viel ausgeprägter ist als hierzulande. Deutsche Frauen sprechen zum Beispiel häufig von sich selber in der männlichen Form, was in Schweizer Ohren sehr ungewöhnlich klingt. Selbst Esther Friedli würde sich nie als «Nationalrat und Unternehmer» bezeichnen, und auch Gemeinderätin Susanne Brunner käme das nicht in den Sinn.

Nun gibt es in der Debatte durchaus Einwände, die man diskutieren kann. Die Sprachwissenschaftlerin und Pionierin der geschlechtergerechten Sprache Luise Pusch beispielsweise stört sich am Genderstern. Allerdings weniger am Stern als an der

Platzierung. Die Männer erhielten so ihrer Meinung nach den Wortstamm, und den Frauen bliebe nur noch das «innen» nach der Pause: «Das Femininum darf nicht durch den Genderstern zerrissen, zerlegt, in drei Teile geteilt werden.» Gewisse Feministinnen fürchten, dass mit dem Versuch einer inklusiveren Sprache die Sichtbarkeit der Frauen in Sprache und Gesellschaft wieder in Gefahr ist. Das ist nicht total abwegig, auch wenn man die Schlussfolgerung nicht teilt.

1996 schrieb die Bundeskanzlei in ihrem Leitfaden: «Die Menschheit besteht aus Frauen und Männern. Dies soll auch in der Sprache zum Ausdruck kommen. Die Verwendung maskuliner Personenbezeichnungen für beide Geschlechter (sog. generisches Maskulinum) wird der Forderung nach sprachlicher Gleichbehandlung nicht gerecht, da solche Formen die Präsenz von Frauen verschleiern.» Heute will sie in den neuen überarbeiteten Leitfäden im Französischen und im Italienischen zurück zum generischen Maskulinum, was einen Rückschritt zur bisherigen Regelung darstellt. Die Begründung für den Rückschritt zum

generischen Maskulinum ist, dass man die Inklusivität vor die Sichtbarkeit stelle. Sprich: Es ist zu kompliziert, alle Geschlechter darzustellen, also gehen wir doch wieder zurück zur männlichen Form. Mit den falschen Verbündeten kommt allerdings die Sichtbarkeit kaum zurück.

Die Debatte braucht durchaus etwas mehr Gelassenheit. Aber auch Verständnis und Verständlichkeit. Der Journalist

Matthew Yglesias vertritt in einem kurzen Artikel die These, dass inklusive Sprache auch etwas Ausschliessendes haben kann. Und zwar weil sie in Codes funktioniert, die für all jene Menschen, die nicht die entsprechende Bildung und den entsprechenden Hintergrund hätten, nicht verständlich sind. Hand aufs Herz: Wer musste nicht schon Begriffe googlen? Wer weiss schon, was FINTA und BiPOC sind? Und ist es jetzt LGBTQ oder LBGTIQ? Inklusive Sprache ist wichtig, aber sie muss auch verstanden werden, damit sie wirklich inklusiv wird. Und damit sie verstanden wird, braucht es auch einen gewissen Prozess. Aber Fortschritt ist möglich. Und gar nicht mal so schwer. Wie bestellen in der Beiz.

Min Li Marti

Prämienverbilligung: SVA pennt nicht mehr

«Prämienverbilligung? Züri pennt», kritisierte die AL Anfang Jahr. Jetzt wird die SVA aktiv.

Niklaus Scherr

Anfang Jahr schlug die AL Alarm: Wir kritisierten an einer Medienkonferenz das Gnusch der Gesundheitsdirektion bei der Umsetzung des neuen Modells der individuellen Prämienverbilligung (IPV) und forderten Korrekturmassnahmen, bevor am 31. März 2023 die Antragsfrist für Nachmeldungen zur IPV 2022 abläuft. Parallel reichte die AL-Fraktion zusammen mit Grünen und SP im Kantonsrat eine dringliche Anfrage ein. Auslöser war die Tatsache, dass 2022 nur noch 72 Prozent der von der Sozialversicherungsanstalt (SVA) Angeschriebenen – statt wie bisher 90 bis 92 Prozent – einen Verbilligungsantrag einreichten und zig Tausende potenziell IPV-Berechtigte leer ausgingen.

SVA wird aktiv

Der AL-Alarm ist gehört worden. Ende Januar hat die für die operative Umsetzung zuständige SVA eine breit angelegte Reminder-Aktion gestartet. Auf der Startseite der SVA prangt unübersehbar die Aufforderung «Prämienverbilligung: Rückwirkend Antrag stellen für das Jahr 2022!». Alle Gemeinden haben einen Info-Brief und rot grundierte Plakate «Letzte Chance auf Prämienverbilligung 2022!» erhalten, ein Teil von ihnen hat die Information auf ihrer News-Seite aufgeschaltet. Und in einer Mitteilung an die Medien bittet die SVA diese um Unterstützung: «Seit 2021 gelten im Kanton Zürich neue Regeln für die Prämienverbilligung. Es besteht weiterhin

grosser Informationsbedarf.» Sie rechne mit 10000 Nachmeldungen.

Das ist ja alles gut und recht. Aber erreicht die Botschaft die eigentlichen AdressatInnen: Menschen mit bescheidenem Einkommen, darunter zahlreiche MigrantInnen, überhaupt? Da muss man sich erst mal auf die Webseite der SVA verirren oder die News-Seite der Wohngemeinde aufrufen. Hand aufs Herz: Wer macht das schon? Und glaubt die PR-Abteilung der SVA ernsthaft, mit diesen Massnahmen sei der «grosse Informationsbedarf» gedeckt?

Hüst und Hott bei Bezugsberechtigung

Wo liegt der Hund begraben? Neben der ungelösten Frage der Kommunikation besteht das Kernproblem im wilden Hüst-und-Hott bei der Festlegung des sogenannten Eigenanteilsatzes. Diese jährlich neu festgelegte Schlüsselgrösse bestimmt, bis zu welchem Einkommen ein Anspruch auf IPV besteht und wie hoch die Verbilligung ausfällt. Je tiefer der Eigenanteil angesetzt wird, desto mehr Menschen erhalten eine IPV und desto höher fällt diese aus. Für die IPV 2022 setzte die Regierung im März 2021 für Verheiratete zunächst einen provisorischen Eigenanteil von 13 Prozent fest. Auf dieser Basis ermittelte die SVA die potenziell IPV-Berechtigten und schickte diesen im Mai 2021 ein Antragsformular. Im Oktober 2021 erhöhte die Regierung den Eigenanteil auf 14,1 Prozent. Bei der Festsetzung der IPV-Beiträge im November 2021 stützte sich die SVA dann auf diesen korrigierten Satz. Damit büssten etliche der vorher An-

geschriebenen ihre Bezugsberechtigung ein. 2022 realisierten die Schürzelis der Gesundheitsdirektion dann, dass sie sich krass verkalkuliert hatten und zig Millionen IPV-Gelder liegen blieben. Im Oktober 2022 kam es zur zweiten Kehrtwende: Der Regierungsrat senkte den Eigenanteilsatz von 14,1 Prozent drastisch – um ein Drittel – auf 9,4 Prozent.

Prämienverbilligung als Lotterie?

Damit hätten eigentlich wieder viel mehr Personen Anspruch auf eine Prämienverbilligung für 2022. Aber Regierung und SVA beschränkten sich darauf, den bereits Bezugsberechtigten höhere IPV-Beiträge auszurichten. Eigentlich wissen sie anhand ihrer Register genau, wer aufgrund des nach unten korrigierten Eigenanteils neu einen IPV-Anspruch für 2022 hat. Sie haben es aber bis heute unterlassen, den Betroffenen das offiziell mitzuteilen. Damit riskiert die Prämienverbilligung zur Jekami-Lotterie zu verkommen. Die Gmerkigen, die jetzt den Online-Rechner der SVA konsultieren, werden IPV bekommen. Die, die schon vorher abgehängt waren, werden weiterhin aussen vor bleiben. Hier besteht klarer Handlungsbedarf.

P.S. Am Mittwoch, bei Redaktionsschluss für diesen Artikel, gab die SVA überraschend bekannt, dass sie alle Anspruchsberechtigten, die das Formular für die IPV 2022 nicht retourniert haben, in diesen Tagen nochmals anschreibt und sie darauf hinweist, dass sie noch bis 31. März 2023 Antrag stellen können. Danke! Damit hat sie eine zentrale Forderung der AL erfüllt.

CARTOON BY ROMAN PRELICZ



Vor den Wahlen...



Vermutlich geht es Euch gleich wie mir: So unmittelbar vor dem Wahltermin steigt die Nervosität. Die ganze Zeit überlege ich, was man jetzt noch ungemein Wirkungsvolles tun könnte und ob eine wichtige Bevölkerungsgruppe womöglich sogar vergessen wurde. In den letzten Tagen vor dem Wahlsonntag ist wohl niemand tiefenentspannt. Da hilft es sehr, mit gesundem und gut gemeintem Aktivismus gegen die nervöse Stimmung anzukämpfen. Es gibt immer noch ein Telefon mehr, das man führen kann, eine Postkarte mehr, die man schreiben kann und es warten sicherlich noch zahlreiche Briefkasten darauf, mit unseren attraktiven Flyern bedient zu werden. Der Wahlkampf ist erst am 12. Februar zu Ende. Was sich aber für mich – aus meiner rein subjektiven Sicht natürlich – jetzt schon abzeichnet, ist das riesige Engagement und der unermüdliche Einsatz von Euch, liebe GenossInnen. Egal, wie das Ergebnis herauskommt am Sonntag, ihr wart schlicht fantastisch! Dafür möchte ich mich im Namen des Präsidiums schon jetzt ganz herzlich bei Euch bedanken. Gut, ich bin ein bisschen sehr befangen in diesem Wahlkampf, aber ich habe echt das Gefühl, dass noch nie so aktiv, motiviert und zielgerichtet Wahlkampf

«Heute Freitag und morgen Samstag ist immer noch genug Zeit, die Wahlzettel auszufüllen und im Briefkasten des Gemeinde- oder Stadthauses einzuwerfen.»

betrieben wurde wie dieses Jahr, von den Kandidierenden selber über unsere Berner Deputation bis hin zu den Basismitgliedern. Das muss sich jetzt doch einfach im Wahlergebnis wieder spiegeln. Denn Kantons- und Regierungsratswahlen sind keine Überzeugungswahlen, dafür ist die Stimmbeteiligung jeweils zu schlecht. Auch dieses Mal scheint sich leider eine tiefe Stimmbeteiligung abzuzeichnen. Aber das ist auch unsere Chance, denn mobilisieren können wir. Bei den kommunalen Wahlen im letzten Jahr machten zwei unserer Top-CampaignerInnen eine doch erstaunliche Erfahrung: Die Hälfte ihrer durchaus politisch interessierten Kollegen und Freundinnen hatte ein paar Tage vor dem Wahltermin tatsächlich noch nicht gewählt. Mit so einem schlechten Ergebnis hatten sie nun doch nicht gerechnet, es alarmierte uns aber. Man darf nie davon ausgehen, dass die politisch interessierte XY ganz sicher dann schon wählen geht. Lieber doch kurz nachfragen.

Bis die Urnen geschlossen sind, ist es nie zu spät, die Leute in eigenen Umfeld nett, aber bestimmt zu fragen, ob sie gewählt haben. Am Freitag und Samstag ist immer noch genug Zeit, die Wahlzettel auszufüllen und im Briefkasten des Gemeinde- oder Stadthauses einzuwerfen.

Am Sonntag wissen wir mehr, bis dann müssen wir die (An-)spannung noch aushalten. Ich freue mich bereits jetzt schon darauf, am Sonntag an unserem Wahlfest im Café Boy auf die SP und den gelungenen Wahlkampf anzustossen zu können, denn ich bin zuversichtlich!

Priska Seiler Graf

System Change



Ende Januar war ich zur Eröffnung der Klimawoche in Stans eingeladen. Wir schauten gemeinsam den Film «Die Vogel-Strauss-Taktik. Wie wir uns selbst betrügen», und ich durfte als Umweltpsychologin ein paar Inputs geben. Der Film geht der Frage nach, wie es sein kann, dass wir eigentlich so viel über die Klimakrise wissen und dennoch so zögerlich dagegen vorgehen. Es werden viele wichtige Mechanismen angesprochen. Etwas ist mir aber einmal mehr aufgefallen: Es geht in dem Film um die einzelnen Menschen und ihr Verhalten.

Dieser Fokus auf individuelles Verhalten ist allerdings auch ein Kniff der Fossilindustrie, um von systemischen Problemen abzulenken. Der bekannte «ökologische Fussabdruck» wurde in den frühen Nullerjahren von BP beworben, um von der eigenen Rolle bei der Klimaerwärmung abzulenken und die Verantwortung auf das Individuum abzuschieben. Wenn wir selbst so leben, dass es zwei Planeten bräuchte, wie sollen wir dann anderen (Unternehmen) Vorwürfe machen?

Unser individuelles Verhalten ist sicher wichtig und macht in der Summe viel aus. Ausserdem ist es

auch beruhigend zu wissen, dass wir selbst einen Beitrag leisten können. Manchmal verstellt dieser Fokus auf das Individuum allerdings den Blick darauf, dass auch ein Systemwandel stattfinden muss. Selbst wenn wir alle uns möglichst umweltfreundlich verhalten, reicht das nicht, um die Klima- und Biodiversitätskrise abzuwenden. Unsere gesamte Wirtschaft muss möglichst rasch dekarbonisiert und der Ressourcenverbrauch verringert werden.

Zudem sind wir ständig einer millionenschweren Marketingmaschinerie ausgesetzt, die uns dazu bewegen will, billiges Fleisch im Supermarkt zu kaufen, den Schnäppchenflug in die Karibik zu buchen oder wöchentlich neue Kleider im Onlinehandel zu bestellen. Damit Menschen im Alltag klimafreundlich handeln können, müssen sie sich also ständig entgegen der Anreizsysteme verhalten.

Dabei wäre es sinnvoller, wir würden die Umgebung so anpassen, dass das klima- und umweltfreundliche Verhalten auch das einfachste ist. Denn die allermeisten Menschen, die sich klimaschädlich verhalten, tun das ja nicht mit der Absicht, der Umwelt zu schaden,

sondern weil es eine Gewohnheit ist, der sozialen Norm entspricht, am günstigsten ist, am wenigsten Zeit kostet, etc. Die Politik muss passende Rahmenbedingungen schaffen, damit klimafreundliches Verhalten Sinn macht und nicht eine Frage der vielbeschworenen Eigenverantwortung ist.

Selma L'Orange Seigo

Sarah Akanji und Mandy Abou Shoak: «Der Kanton muss Hate Speech ernst nehmen»

SP-Politikerin Sarah Akanji zieht sich aus dem Kantonsrat zurück. Grund sind rassistische und sexistische Angriffe. Gleichzeitig will ihre Parteikollegin Mandy Abou Shoak nachrücken. Ein Gespräch über Sexismus und Rassismus in der Politik und was es braucht, damit Politiker:innen besser geschützt sind.

Text: Lara Blatter / Foto: Elio Donauer

Es ist wieder passiert. Eine junge Zürcher Politikerin zieht sich aus der parlamentarischen Politik zurück. Im September 2022 verkündete die Winterthurer Kantonsrätin Sarah Akanji, dass sie im Februar nicht zur Wiederwahl antreten werde. Die sexistischen und rassistischen Anfeindungen hätten ein Ausmass angenommen, das sie nicht mehr tolerieren könne. Sie müsse eine Grenze ziehen. Sie ist nicht die Erste. Die ehemalige AL-Gemeinderätin Ezgi Akyol trat 2020 aus ähnlichen Beweggründen aus dem Gemeinderat aus. Und Anfang dieses Jahres teilte die GLP-Gemeinderätin Sanija Ameti mit, dass sie von nun an regelmässig Hassmails, die sie bekomme, öffentlich teilen werde.

Frauen und besonders Women of Color, die politisieren und sich öffentlich äussern, sind häufiger Opfer von Hate Speech, Rassismus und Sexismus. Ein Armutszeugnis für unsere Demokratie?

Ein Gespräch zwischen zwei Schwarzen SP-Politikerinnen. Die eine, Sarah Akanji (29), zieht sich vorerst aus der parlamentarischen Politik zurück und die andere, Mandy Abou Shoak (33), befindet sich mitten im Wahlkampf und will in den Kantonsrat.

Lara Blatter: Aus Selbstschutz ziehst du dich aus der Politik zurück und trittst nicht erneut als Kantonsrätin an. Es folgten ein paar empörte Tweets, wenige Zeitungsartikel und dann ein grosses Schweigen. Warum tolerieren wir solche Vorfälle?

Sarah Akanji: Viele werten Rassismus, Sexismus oder andere Diskriminierungen nicht als «wirkliche» Probleme. Oder sie sehen es nicht als ihr eigenes Problem, sondern als das von Betroffenen. Man spricht zwar darüber und will wissen, was ich erlebe. Aber oft werden solche Vorfälle nur skandalisiert. Wirklich etwas unternehmen, also Diskriminierungen bekämpfen und Mechanismen schaffen, damit wir das vorbeugend verhindern können – dafür fehlt der Effort und das Interesse.

Mandy Abou Shoak: Menschen hören, dass Politiker:innen Rassismus erfahren und finden es skandalös. Aber es gibt kein gesell-

schaftliches Bewusstsein, dass Sexismus, Rassismus, Ableismus – all diese Diskriminierungsformen – tief in unserer Gesellschaft verankert sind. Dass es einen Zusammenhang gibt zwischen frauenverachtenden Witzen und sexualisierter Gewalt, die Politiker:innen in Form von Hate Speech erfahren, sehen viele Menschen nicht.

Wie waren die Reaktionen von anderen Politiker:innen und Parteien im Kantonsrat?

Sarah Akanji: Viele dankten mir für meine Arbeit, was schön war und ich sehr schätze. Aber es gab auch Fragen wie: «Ist es denn wirklich so schlimm?» Ja, war und ist es. Sonst würde ich mich nicht aktiv aus der Politik zurückziehen. Wieso reicht das nicht als Beweis? Ich fühle mich nicht mehr sicher und konnte meine Arbeit unter diesen Voraussetzungen nicht weiterführen.

Mandy, du stehst gerade an einem anderen Punkt. Du hast dich entschieden, in die Politik zu gehen und kandidierst als Kantonsrätin. Was ermutigt dich?

Mandy Abou Shoak: You can be what you can see. Und ich habe Sarah Akanji gesehen.

Was muss sich in der Politik ändern, damit Politiker:innen besser geschützt sind?

Sarah Akanji: Wir brauchen Schutzmechanismen für Menschen, die sich exponieren und Angriffsfläche bieten. Diese braucht es auf parlamentarischer Ebene und innerhalb der Parteien. Betroffene brauchen Anlaufstellen, wo sie sich melden können, wenn etwas passiert.

Mandy Abou Shoak: Nur so können wir neue Strukturen schaffen. Wenn ich etwa als Politikerin ein Interview gebe – wie auch hier jetzt –, dann gebe ich bei der Publikation gezielt meinen E-Mail-Account ab und lese auch keine Kommentare. Aber das sind Schutzmechanismen, die ich selber treffe. Es sollte nicht an mir hängen bleiben. Ein Parteisekretariat und nicht die Betroffenen müssten sich um Hassmails kümmern. Es braucht qualifizierte Ansprechpersonen und Ressourcen auf allen Ebenen.

Sarah, hättest du dir gewünscht, dass es im Kantonsrat eine entsprechende Anlaufstelle gibt?

Sarah Akanji: Definitiv. Auf kantonaler Ebene in der SP diskutieren wir nun über mögliche Schutzmassnahmen. Aber Rassismus- und Sexismusbekämpfung müsste im Aufgabengebiet des ganzen Rates sein. Das ist kein SP-Thema. Wir brauchen eine zuständige Stelle, an die man sich wenden kann, wenn man sich bedroht fühlt. Denn es raubt unheimlich Energie, sich ständig selbst zu wehren, sich ständig zu schützen, sich immer wieder mit Hass konfrontieren zu müssen. Energie, die ich lieber in politische Arbeit stecken würde. Der Kanton muss Hate Speech ernst nehmen. Da sehe ich ihn in der Verantwortung.

Hast du dich ernst genommen gefühlt?

Sarah Akanji: Nein. Aber ich habe die Angriffe anfangs selbst nicht ernst genommen. Zu einem grossen Teil habe ich das internalisiert. Erfährt man beispielsweise Sexismus, wird der Fehler von vielen bei der betroffenen Person gesucht. Und je öfter man das hört, desto mehr hinterfragt man sich selbst. In der Politik bekam ich häufig die Rückmeldung: «Das gehört eben dazu, wenn man sich als Politiker:in exponiert.» Es wird dir eingetrichtert, dass Sexismus und Rassismus Teil der Arbeit sind.

Wird Diskriminierung in der Politik verharmlost?

Sarah Akanji: Ja. Konstruktive Kritik, andere Meinungen oder politische Ausrichtungen – das gehört alles zur Arbeit und diese nehme ich auch gerne entgegen. Aber Diskriminierung und persönliche Angriffe dürfen nicht Teil der Arbeit sein.

War es aber. Und eine junge Woman of Color zieht sich aus der Politik zurück. Sind Fälle wie jener von Sarah gefährlich für die Demokratie?

Mandy Abou Shoak: Ja, solche Vorfälle schaden unserer Demokratie. Sie zeigen ja auch, wo unser System noch Lücken hat.

Sarah Akanji: Haben wir das Demokratieverständnis, dass eine Demokratie die Teilhabe von allen sichern soll, dann sind wir noch



Mandy Abou Shoak (links) und Sarah Akanji fordern mehr Schutz vor Hate Speech. Foto: Elio Donauer

meilenweit davon entfernt. Wollen wir Politik für alle machen, muss sie auch von allen gemacht werden.

Mandy Abou Shoak: Und dazu müssen auch alle im Rat repräsentiert sein. Darum bin ich für Quoten. Wer kann sich besser für Frauen einsetzen als Frauen? Wer kann sich besser für Migrant:innen einsetzen als Migrant:innen? Ich glaube an unsere Politik und daran, dass wir eines der besten Systeme haben. Aber wir sind da, um es noch besser und gerechter zu machen. Unsere diverse Gesellschaft muss endlich in der Politik abgebildet werden.

Sanija Ameti, GLP-Gemeinderätin und Co-Präsidentin der Operation Libero, hat Anfang Jahr angekündigt, dass sie ab jetzt regelmässig Hass-mails, die sie bekommt, veröffentlichen wird. Und sie hat dabei auf dich, Sarah, Bezug genommen. Dein Rücktritt hat also indirekt etwas bewegt. Was löst das bei dir aus?

Sarah Akanji: Das Thema hat mehr Öffentlichkeit gefunden. Schade aber, dass es mit Sanija Ameti wieder eine betroffene Person ist, die es selbst in die Hand nehmen muss.

Mandy Abou Shoak: Aber es ist wichtig, dass der Diskurs durch sie als GLP-Politikerin überparteilich stattfindet. Sexismus und Rassismus sind kein Sarah-, Sanija- oder Mandy-Thema. Es ist ein Thema, mit dem sich alle beschäftigen müssen.

«Wollen wir Politik für alle machen, muss sie auch von allen gemacht werden.»

Sarah Akanji

Erzeugenden? Wenn wir in einer diskriminierungsfreien Welt leben möchten, müssen wir doch viel mehr jene, die Rassismus erzeugen, hinterfragen und bremsen.

Mandy, du gibst regelmässig anti-rassistische Coachings. Wie können nicht-betroffene Politiker:innen dazu gebracht werden, dass sie reagieren, wenn sie Rassismus mitbekommen?

Mandy Abou Shoak: Bekommt man Gewalt mit, dann lähmt das teilweise. Menschen wissen nicht mehr, was sie tun sollen und machen dann lieber gar nichts. Das ist vielleicht auch ein bisschen eine helvetische Tradition: «Lieber nichts machen, als etwas Falsches.» Aus dieser Lähmung müssen wir rauskommen und Vorfälle ansprechen. Sei es in Ratssitzungen, Fraktionssitzungen, in Kommissionen oder innerhalb der Partei – wir müssen Gefässe schaffen, wo wir Gewalt thematisieren können. Wir brauchen Weiterbildungen und Handlungs- und Schutzkonzepte, damit wir wissen, wie wir handeln, wenn etwas passiert.

Wenn sich Schwarze Menschen öffentlich gegen Rassismus wehren, setzen sie sich zugleich einer neuen Rassismus-Welle aus. Wie sehr seid ihr als Politikerinnen damit beschäf-

tigt, zu entscheiden, ob, wo und wie ihr euch zu einem Thema äussert?

Sarah Akanji: Seit ich im Kantonsrat bin, wäge ich bei jeder Medienanfrage ab und frage mich: Wer ist das Publikum und was ist das Thema? Ich bin sehr vorsichtig geworden und habe auch viel abgesagt.

Mandy Abou Shoak: Gewalterfahrungen wie Hate Speech hemmen Menschen in ihrer politischen Arbeit. Die Frage, die wir stellen müssen, ist, was hätte es gebraucht, damit Politiker:innen wie Sarah Akanji ihre Arbeit tun können und wer übernimmt in welcher Weise Verantwortung?

Die ehemalige AL-Gemeinderätin Ezgi Akyol trat 2020 aus ähnlichen Gründen wie Sarah aus dem Gemeinderat aus. Gerade von linken Politiker:innen hätte sie sich alleingelassen gefühlt. Geht es euch auch so?

Mandy Abou Shoak: Klar, die SP und auch der Kantonsrat haben es nicht geschafft, Sarah zu schützen. Die Probleme betreffen aber die gesamte Gesellschaft, den gesamten Rat.

Sarah Akanji: Es gibt viel zu tun, innerhalb der SP, aber auch überall ausserhalb unserer Partei.

Was kannst du Mandy oder auch anderen Women of Color, die in die Politik wollen, mit auf den Weg geben?

Sarah Akanji: Mut, Selbstvertrauen und Kraft für deine Themen. Und an alle Women of Color: Baut auf euer Netzwerk, das euch unterstützt, kreierte euch Safe Spaces. Denn die politische Arbeit ist riesig und fordernd. Zuspruch ist wichtig, wir brauchen Menschen, die einfach mal sagen: «Geil wids machsch.» Und die den Hatern ein Gegengewicht verleihen.

Und was wünscht ihr euch von der weissen Mehrheitsgesellschaft?

Sarah Akanji: Die weisse Mehrheitsgesellschaft profitiert von einer diversen Gesellschaft und Politik. Ich wünsche mir, dass das gesehen wird und sich auch privilegierte Menschen für mehr Diversität und Chancengerechtigkeit einsetzen. Und dass Menschen mit Migrationsgeschichte genau so zur Schweiz gehören wie diejenigen ohne.

Mandy Abou Shoak: Ich verstehe, dass ihr hin und wieder in eine Schockstarre geratet. Aber irgendwann wacht man aus dieser Starre auf und dann ist es wichtig, gewisse Dinge nicht stehen zu lassen. Dass man sich wehrt und etwas sagt. Auch wenn man so selbst mal zur Zielscheibe wird. Verstummt nicht. Holt euch darum auch Unterstützung und fordert diese ein, von Freund:innen, von Partei- und Abeitskolleg:innen. Nur so können wir kollektive Verantwortung praktizieren.

«Wir müssen Gefässe schaffen, wo wir Gewalt thematisieren können.»

Mandy Abou Shoak

Umverteilung des Strassenraums: erste Schritte?

An der Jahresmedienkonferenz des Zürcher Tiefbauamts stellten Amtsdirektorin Simone Rangosch und Stadträtin Simone Brander die Bauvorhaben 2023 vor.

Sergio Scagliola

Lebenswert bleiben, klimaneutral werden – so das Motto für die zukünftige Entwicklung der Raumplanung in der Stadt Zürich. Doch dafür muss im Strassenraum umverteilt werden, erklärte Stadträtin Simone Brander, die für das Tiefbau- und Entsorgungsdepartement zuständig ist, am vergangenen Dienstag vor den Medien. Rund 120 Bauprojekte will die Stadt 2023 umsetzen, insbesondere zugunsten des Fuss- und Veloverkehrs. Zusätzlich gibt es noch viel im Bereich des hindernisfreien Zugangs zum öffentlichen Verkehr zu tun, auch das Züri-Velo-Angebot, das momentan von Publibike betrieben wird, wurde angesprochen – die Stadt plant eine Weiterführung des Angebots und hofft auf einen nahtlosen Anschluss, sobald der Vertrag mit Publibike ausläuft – und ebenso auch das Angebot der Salü-Warenboxen, eine weitere Box soll in der Nähe der Haltestelle Luegland installiert werden.

Fünf Routen für zwei Räder

Im Bereich der Bauvorhaben, die das Velo betreffen, ist in diesem Jahr vorgesehen, vier der geplanten Velovorzugsrouten (VVR) weiterzubringen. So wird im April die erste Velovorzugsroute von Altstetten in den Kreis 4 eröffnet. Vier weitere Routen werden zudem öffentlich ausgeschrieben: eine in Wollishofen von Stadtgrenze bis Mutschellenstrasse, eine zwischen Oerlikon und Riesbach im Seefeld, eine weitere in Ausser Sihl von Bullingerplatz bis zum See sowie Altstetten bis Hauptbahnhof und eine letzte entlang der Industrietangente im Bereich Letzigraben. Zusätzlich sollen über 50 Sofortmassnahmen umgesetzt werden, die eine höhere Sicherheit auf dem Fahrrad gewährleisten sollen. Auch ca. 500 neue Veloabstellplätze dürften in diesem Jahr installiert werden, insbesondere in den Quartieren.

Zwei kleine und zwei grosse Räder

Der hindernisfreie Zugang zum öffentlichen Verkehr hätte nach dem Behindertengleichstellungsgesetz per 2023 flächendeckend geregelt sein sollen. Die Stadt ist aber mit dem Umbau der Tram- und Bushaltestellen noch nicht fertig. Bei den Tramhaltestellen sind 92 Prozent für Menschen, die auf einen Rollstuhl angewiesen sind, benutzbar – 78 Prozent davon autonom durch Niveaugleichheit

zwischen Kante und Tramtüre, die restlichen 14 Prozent nur mit Rampe. Beim Bus sieht es aber weniger gut aus, wo zwar 88 Prozent benutzbar sind, aber nur gerade 39 Prozent autonom. 80 Bushaltekanten sollen in diesem Jahr per Sofortmassnahme hindernisfrei umgebaut werden. Einzelne Haltestellen wird man aber nur schwer vor 2030 umbauen können, aber auch das Gesetz hält fest, dass ein Umbau verhältnismässig sein muss. Heisst: Erst wenn ein grösserer Verkehrsknotenpunkt grundlegend umgebaut wird, wird er auch hindernisfrei nutzbar. Berücksichtigt wurde dennoch, dass eine hindernisfreie Haltestelle stets innert 300 Metern erreicht werden muss, was in den allermeisten Fällen bereits heute umgesetzt sei, so Amtsdirektorin Simone Rangosch.

Der hindernisfreie Zugang wird zudem auch bei den Instandsetzungsarbeiten im Nieder- und Oberdorf mitgedacht: In den Hauptgassen wird die Pflasterung ersetzt, wobei beachtet wurde, dass Rollstühle auf der neuen Pflasterung auf weniger Rollwiderstand stossen sollen. In den Nebengassen werden die alten Steine wiederverwendet, wenn die Sanierungsarbeiten an den Werkleitungen voraussichtlich 2028 abgeschlossen sind. Diese grossflächige Sanierung ist eine von 18 grösseren Baustellen, die das Tiefbauamt dieses Jahr startet.

Verlierer mit vier Rädern

Die Massnahmen zur Stärkung des Velo- und Fussverkehrs geschehen meist zulasten des motorisierten Individualverkehrs, genauer zulasten von jetzigen Parkfeldern. Was einige verärgern mag, dürfte aber doch erheblich zur Lebensqualität beitragen, gerade wenn man eben nicht mit dem Auto unterwegs ist. Und entgegen der regelmässigen Aufregung über derartige Massnahmen darf man nicht vergessen, dass hier lediglich der Wille der Stadtbevölkerung durchgesetzt wird. Sie hat sich eine solche Umgestaltung mit der breiten Befürwortung des Klimaschutzziels «Netto-Null» 2022 an der Urne gewünscht.

Interessant dürfte die Umverteilung des Strassenraums aber insbesondere im Bereich der Neugestaltung von Verkehrsknotenpunkten sein. In den nächsten zehn Jahren plant die Stadt den Umbau von einigen wichtigen Plät-

zen Zürichs. So wird etwa der Triemliplatz umgebaut, wo es mehr Raum für den Fussverkehr aber auch ein wenig mehr Grünfläche geben soll. Ebenso plant man eine Neugestaltung des Heimplatzes vor dem Kunsthaus, wo auch eine grüne Insel in der Mitte gepflanzt wird. Auch der Klusplatz soll ab 2028 umgestaltet werden – ab Herbst kann sich auch die Bevölkerung einbringen: Bessere Umsteigemöglichkeiten, hindernisfreie Haltekanten und Hitzeminderungsmaßnahmen sowie mehr Platz für das Velo und den Fussverkehr soll es geben.

Ohne Räder

Die Massnahmen, die zugunsten des Fussverkehrs implementiert werden sollen, sind meist keine Einzelprojekte, sondern geschehen in Verbindung mit der Umgestaltung von Plätzen wie dem obengenannten Triemliplatz oder dem Heimplatz, aber auch von längeren Strassenabschnitten. So soll im Zuge der Umgestaltung des Triemliplatzes etwa auch die Fläche für den Fussverkehr generell vergrössert werden, oder im Fall des Heimplatzes, wo sich das Trottoir nur sehr schmal

Angesichts der angekündigten Hitzeminderungsmaßnahmen fragt sich aber, was hier priorisiert wird: Grünraum und Hitzeminderung? Oder Fussverkehr auf Asphalt?

entlang der Häuserfassaden anschmiegt, breiter gemacht werden. Gerade angesichts der angekündigten Hitzeminderungsmaßnahmen fragt sich aber, was hier priorisiert wird. Einzelne Bäume auf einem Vier-m²-Erdfleck sind zur Hitzeminderung sicherlich weniger optimal als eine durchgezogene Grünfläche entlang einer Strasse – wenn man so plant, ist aber gleichzeitig unklar, wie viel Platz für ein

asphaltiertes Trottoir bleibt. Und gerade bei neueren Umgestaltungen wie in der Zollstrasse oder zwischen der Einkaufspassage Europaallee und dem Gleisfeld erweckt das Endprodukt eher den Anschein, als wäre eine grünere Gestaltung durchaus möglich gewesen. Die Pflanzenkästen, die zwecks Hitzeminderung hingequetscht wurden, machen die «Allee» schliesslich auch nicht viel kühler – oder grüner. Aber obwohl die konkrete Strategie, wohin der Strassenraum genau umverteilt werden soll, nicht völlig ersichtlich wird, ist dennoch eine gewisse Stossrichtung klar. Die Stadt will für kommende Generationen bauen. Nicht dass wir unseren NachfolgerInnen eine marode Infrastruktur überlassen...

Verwerfungen im Fokus

Nach dem Standortentscheid ist vor der Debatte – das gilt auch für das geplante geologische Tiefenlager im Zürcher Unterland.

Nicole Soland

Die Nationale Genossenschaft für die Lagerung radioaktiver Abfälle (Nagra) schlug im September 2022 das Gebiet Nördlich Lägern im Zürcher Unterland als Standort für den Bau des geologischen Tiefenlagers vor (siehe P.S. vom 16. September 2022). Bereits zwei Wochen zuvor hatte der Zürcher Kantonsrat ein dringliches Postulat von Wilma Willi (Grüne, Stadel), Sibylle Jüttner (SP, Andelfingen) und Thomas Forrer (Grüne, Erlenbach) ausführlich debattiert und schliesslich mit 96:71 Stimmen bei 0 Enthaltungen überwiesen.

Die drei KantonsrätInnen hatten den Regierungsrat mit ihrem Vorstoss gebeten, «in einem Bericht darzulegen, wie die wissenschaftliche Begleitung des Sachplans geologisches Tiefenlager gestärkt werden kann. Diese soll unabhängiger und internationaler zusammengesetzt sein. Zudem ist zu prüfen, wie die Gemeinden unterstützt werden können» (siehe auch P.S. vom 2. September 2022). Nach der Überweisung des dringlichen Postulats galt es im Dezember in der Budgetdebatte, das zu dessen Umsetzung nötige Geld zu bewilligen, was ebenfalls gelang.

Haberstal infrage gestellt

Letzte Woche nun verschickten die Grünen Bezirk Dielsdorf eine Medienmitteilung «zur Kritik am Oberflächenstandort Haberstal für ein atomares Tiefenlager durch das Unabhängige Schweizer Begleitgremium Tiefenlager (USBT)». Darin nehmen sie Bezug auf eine Medienmitteilung des USBT vom 1. Februar – und auf das oben erwähnte dringliche Postulat: «Die Grünen des Bezirks Dielsdorf sehen sich bestätigt in ihrer Ansicht, dass das geplante Tiefenlager in der Region Nördlich Lägern unabhängig begleitet werden muss.»

Die Medienmitteilung des USBT wiederum trägt den Titel, «Unabhängiges Begleitgremium stellt Haberstal als sichersten Oberflächenstandort für atomares Tiefenlager in Frage». Eine Analyse der bisher publizierten geologischen Daten des Opalinustons in der Region Nördlich Lägern habe gezeigt, dass sich der vorgeschlagene Oberflächenstandort Haberstal «in unmittelbarer Nähe von zwei tektonischen Verwerfungen des Wirtsgesteins befindet». In diesen Bruchstellen könne der Opalinuston vertikale Versetzun-

gen von bis zu 30 Metern aufweisen und brüchig sein. Solche Verwerfungen stellten für die Erschliessung und den Betrieb des Tiefenlagers ein Sicherheitsrisiko dar. Deshalb seien innerhalb des Lagerperimeters Nördlich Lägern alternative Oberflächenstandorte zu evaluieren, die «diesem Sicherheitsrisiko weniger ausgesetzt sind».

Die Grünen Bezirk Dielsdorf halten in ihrer Medienmitteilung dazu fest, der Standort Haberstal sei von der Regionalkonferenz vorgeschlagen worden: «Diese Entscheidung wurde ohne genaue Kenntnis der Geologie unterhalb des vorgeschlagenen Standorts gefällt. Zudem ist noch nicht im Detail bekannt, wo das Grundwasser auf dem Standort Haberstal genau durchfliesst.» Die Grünen unterstützten deshalb die Forderung des USBT, «dass die Nagra (und nicht die Laien der Regionalkonferenz) jetzt alternative Oberflächenstandorte evaluieren soll», schreiben sie.

Tektonische Beanspruchung unterschätzt?

Bereits am 25. Januar war auf www.nuclearwaste.info, dem Blog von Marcos Buser, André Lambert und Walter Wildi, folgender Beitrag erschienen: «Zum Vorschlag Haberstal (Stadel, ZH) als Standort für das Tiefenlager: Die Nagra unterschätzt die tektonische Beanspruchung.» Von diesen drei Geologen wohl am bekanntesten ist Marcos Buser, der mehrere Bücher zum Thema radioaktive Abfälle schrieb; in entsprechenden Expertenkommissionen sass alle drei. Im erwähnten Beitrag kommen sie zu folgendem Schluss: «Aufgrund unseres Wissensstands und der in der Tiefe absehbar gestörten Gesteinsformationen erscheint die Eignung des Standorts Haberstal aus heutiger Sicht für ein geologisches Tiefenlager, sowohl für hochaktive als auch für schwach- und mittelaktive Abfälle, zumindest fragwürdig.»

Sie halten weiter fest: «Die wissenschaftliche Argumentation, welche die Nagra zu diesem Standort führte, liegt noch nicht vor. Die einzelnen Grundlagen- und Referenzberichte sollen nun bis zur Einreichung des Rahmenbewilligungsgesuchs laufend abgeschlossen und veröffentlicht werden. Daher kann die Qualität dieses Standortvorschlags heute auch noch nicht abschliessend beurteilt werden. Doch die bisher vorliegende, bzw. öffentlich zugängliche Dokumentation gibt zu-

mindest Anlass zu begründetem Zweifel, ob der vorgeschlagene Standort die in ihn gesetzten Erwartungen wirklich erfüllen kann.»

Diesen Beitrag wie auch die Medienmitteilung der Grünen Bezirk Dielsdorf griff der «Zürcher Unterländer» am 4. Februar auf und titelte, «Geologen stellen Standort für Oberflächenanlagen infrage». Dort ist auch zu lesen, bei der Nagra sehe man die Sache anders: «Bei der Oberflächenanlage ist die bauliche Auslegung, das heisst die Bautechnik, entscheidend für die Betriebssicherheit und nicht die Geologie», wird Nagra-Sprecher Patrick Studer zitiert. Zudem seien «im Opalinuston unter der Oberflächenanlage (...) keine Störungen erkennbar», und selbst wenn, «wäre das nicht problematisch und technisch gut beherrschbar». Das eigentliche Tiefenlager liege «weiter südlich in einem sehr ruhig gelagerten Bereich ohne relevante Deformationen oder Störungen».

Dem wiederum widersprechen die drei Geologen gleichentags auf www.nuclearwaste.info. Sie schreiben dort, ein Teil des geplanten Tiefenlagers und seiner Oberflächenanlagen lägen «in der deformierten Zone im Vorfeld der Weiach–Glattfelden–Eglisau–Störung», und die unter dem Opalinuston liegenden Sedimentgesteine seien «ebenfalls tektonisch gestört». Von «sehr ruhig gelagert» könne hier deshalb «kaum die Rede sein».

Zudem werde der gemäss Kernenergiegesetz und -verordnung zu definierende Schutzbereich um das Tiefenlager «vorausichtlich seitlich mehrere hundert Meter breit sein müssen», um das Lager durch eine genügende Distanz von der erwähnten Störung zu separieren: «Daher ist absehbar, dass in diesem Bereich der Bau eines Tiefenlagers und seiner Zugänge – allein schon aus geometrischen Gründen – kaum mehr zu realisieren sein dürfte.»

Klar ist damit eines: Standortentscheid hin oder her, die Diskussionen gehen weiter. Zum Beispiel am kommenden Montag, den 13. Februar um 19.45 Uhr im Neuwis Huus in Stadel: Dorthin lädt der Verein LoTi (Nördlich Lägern ohne Tiefenlager) ein, und zwar «zum Vortrag und anschliessender Diskussion mit dem Geologen und Sozialwissenschaftler Marcos Buser». Der Titel lautet, «Alternative Strategien zum geplanten Tiefenlager» und der Untertitel, «Eine Lösung für die Ewigkeit gibt es nicht!»

Klassisches Suppenhuhn erlebt Revival

Legehennen werden nach dem ersten Legejahr meist entsorgt. Diese enorme Lebensmittelverschwendung beschert dem klassischen Suppenhuhn ein Revival. Ausgediente Hühner werden oft in Hofläden verkauft.

Angela Bernetta

Legehühner sorgen gewissenhaft für unsere Frühstücks-, Oster- oder Spiegeleier. Wer die Vögel beobachtet, erkennt deren Eifer: Sie sind ständig in Bewegung. Im Alter von etwa fünf Monaten legen sie ihr erstes Ei. Dann folgt etwa ein Jahr lang täglich ein weiteres, bis sich die Gefiederten erstmals mausern. Da sie während dieser Zeit weniger und schlechtere Eier produzieren, macht die Industrie kurzen Prozess mit ihnen: Die Hühner werden aussortiert, getötet, im besten Fall gegessen, meist aber kostengünstig in der Biogasanlage entsorgt oder zu Fischfutter verarbeitet. «Früher schlachte-

REZEPT FÜR 1 SUPPENHUHN

Klassische Hühnersuppe
(für ca. 4 Liter Hühnerbouillon)

Zutaten

- 1 Suppenhuhn
- 6 Liter Wasser
- 2 Lorbeerblätter
- 1 TL Pfefferkörner
- 400 g Rüebli
- 400 g Sellerie
- 400 g Lauch
- 2 grosse Zwiebeln, gespickt mit fünf Nelken
- 2 EL Salz

Zubereitung

Suppenhuhn mit kaltem Wasser abspülen, während 2 Minuten blanchieren und kalt abschrecken. Anschliessend das Suppenhuhn mit 6 Liter kaltem Wasser in einem grossen Topf bedecken. Die restlichen Zutaten bis auf das Salz in den Topf geben und aufkochen. Auf dem Siedepunkt 90 Minuten bis 2 Stunden langsam köcheln lassen und von Zeit zu Zeit abschäumen. Zum Schluss mit Salz abschmecken. Das Fleisch vom Huhn kann nach dem Garen vom Knochen genommen und etwa als Einlage für eine Hühnersuppe verwendet werden. Einen Teil der Brühe kann man einfrieren. Zum Portionieren eignen sich beispielsweise Eisdübelbehälter. (pd)

te man Legehennen erst nach mehreren Jahren», sagt Emanuel Wagner, Leiter Landwirtschaft der Stiftung Puurehmet Brotchorb in Stallikon. «Heute geschieht dies bereits nach einem Jahr Eierlegen, also mit etwa 18 Monaten.» Jährlich werden in der Schweiz rund zwei Millionen Legehühner aussortiert. Ein enormer Food-Waste, also. Früher verwertete man ausgediente Legehennen, statt sie zu entsorgen. Bereite eine gehaltvolle Hühnersuppe zu. Bereits unsere Vorfahren wussten um die gesundheitsfördernde Wirkung einer Hühnerbrühe (siehe Rezept). Sie stärkt die Abwehrkräfte, schützt vor Grippe, Erkältung und/oder Müdigkeit. Ob der riesigen Menge an ausgedienten Legehühnern wäre eine kulinarische Verwertung wohl auch heute sinnvoll. Doch Suppenhühner gelten in Zeiten des Überflusses als ausgemergelt, deren Fleisch als faserig, trocken und zäh. «Legehennen haben eine andere Genetik als Masthühner», sagt Wagner. «Das Fleisch ist zum Schlachtzeitpunkt wesentlich älter und zäher als jenes eines Masthuhns, das nur halb so alt wird.»

Gesundes Suppenhuhn

Seit einiger Zeit erlebt das klassische Suppenhuhn ein Revival. Sogar Sterneköche setzen den Küchenklassiker auf die Speisekarte. «Suppenhühner, länger gekocht, geben eine gehaltvolle Hühnerbrühe her», sagt

Wagner. Damit lasse sich das Immunsystem nicht nur in Zeiten von Corona stärken. Ferner ist das Gericht eine gute Proteinquelle, was all jene, die bereits zu getrockneten Insekten greifen wollten, als kostengünstigere Alternative überzeugen dürfte. Wagner ergänzt: «Ein Suppenhuhn enthält entzündungshemmende Eiweissstoffe und belastet durch das leicht verdauliche Hühnerfleisch unseren Organismus kaum.» Seit etwa rund fünf Jahren verkauft die Stalliker Stiftung Suppenhühner in ihrem Dorfladen. «Gefroren gibt es sie das ganze Jahr über. Frisch gehen sie ein- bis zweimal pro Jahr über den Ladentisch», sagt Wagner. Er rät, Suppenhühner lediglich in Betrieben mit einer anständigen Hühnerhaltung ohne Zufütterung von Medikamenten zu kaufen.

Kleinbetriebe, wie der Stalliker Hofladen, können mit dem Verkauf von Suppenhühnern aber nur einen kleinen Beitrag an den enormen Food Waste leisten. Wagner sagt: «KonsumentInnen sollten sich bewusst sein, dass für unsere Nahrungsmittel Unmengen an Eiern verwertet werden.» Insofern beeinflusse das individuelle Konsumverhalten die Zahl an Legehühnern, die jährlich aussortiert werden, nachhaltig. Wer also regelmässig ein Suppenhuhn kauft, nachdem er/sie 150 bis 200 Eier konsumiert habe, könne mithelfen, dieser riesigen Lebensmittelverschwendung entgegenzuwirken.



Gegen die enorme Lebensmittelverschwendung können Hofläden mit dem Verkauf von Suppenhühnern einen kleinen Beitrag leisten. Angela Bernetta

Wo bleiben die Genossenschaftswohnungen?

Das Wädenswiler Zentrum soll mit Wohnungen und Gewerbeflächen verdichtet und urbaner werden und zudem ein neues Coop-Center bekommen. Nun hat das Parlament für zwei Grossprojekte die Gestaltungspläne verabschiedet – und die Ratslinke sich dabei genervt, dass die Stadt mit der Vergabe von Bauland an eine Genossenschaft nicht vorwärts macht.

Arthur Schächli

Mächtige Baugespanne künden etwas oberhalb des Bahnhofs Wädenswil im Zentrum an der Zugerstrasse von einem Grossprojekt, das die üblichen Dimensionen im Ortskern sprengt. Wo heute noch ein Bank- und Wohngebäude der ZKB und ein Coop-Laden stehen, wollen ZKB und Coop auf einem 6600 Quadratmeter grossen Grundstück eine winkelförmige Grossüberbauung hochziehen: mit einem grossen Coop-Center von 1650 Quadratmetern Fläche, mit neuen Banklokalitäten für die ZKB sowie Büros und Gewerberäumen, einem Café, 36 Wohnungen und einer Tiefgarage. Entlang der Zugerstrasse, der Hauptschlagader im Zentrum, wird der neue Gebäudekomplex auf einer Länge von 110 Metern somit zum unübersehbaren Wahrzeichen einer fortschreitenden Urbanisierung und Verdichtung der Seegemeinde. Das Baugesuch wurde nach langjähriger Planung im November eingereicht – die Baubewilligung steht noch aus.

Das künftige Stadtbild und Stadtleben von Wädenswil ebenfalls massgeblich mitprägen dürften zwei weitere, weniger weit fortgeschrittene Grossprojekte auf dem Gessnerareal neben dem Einkaufszentrum «di alt Fabrik» sowie auf und um das Fabrikgelände der ehemaligen Mewa AG. Für beide zentrumsnahen Standorte hat das Stadtparlament Anfang Woche die privaten Gestaltungspläne gutgeheissen. Damit kön-

nen die Planungen auf und um das Fabrikareal der 2001 stillgelegten Blattmann Metallwarenfabrik AG (Mewa), die einst auch den legendären Landi-Stuhl produziert hatte, weiter vorangetrieben werden. Auf dem gut 17 000 Quadratmeter grossen Gebiet soll ein neues Quartier mit 150 Wohnungen und 20 000 Quadratmeter Gewerbefläche sowie einem kleinen Park entstehen, eine historische Industriehalle zum Foyer mit Gemeinschaftsraum umgenutzt und ein Bach offengelegt werden.

Verärgert über Stadtrat

Teil des Gestaltungsplans sind auch zwei Altliegenschaften, welche die Stadt vor Jahren mit der Zustimmung der StimmbürgerInnen erworben hatte. Und zwar in der Absicht, sie im Baurecht an eine Genossenschaft oder einen andern gemeinnützigen Bauträger für die Erstellung von günstigem Wohnraum abzugeben. Doch daraus ist bislang nichts geworden, wie Bauvorsteherin Astrid Furrer (FDP) vor-

dem Rat einräumen musste und damit recht fertigte, dass es eben ungleich schwieriger sei, einen Baurechtnehmer statt Käufer zu finden. Die Ratslinke reagierte darauf mit Kopfschütteln und sichtlichem Unmut. Mit einem attraktiven Baurechtzins liessen sich sehr wohl Interessenten finden, zeigten sich deren Sprecher überzeugt. Ulrich Reiter (GP) forderte den Stadtrat zudem auf, die Suche über Wädenswil hinaus auszuweiten. Und Daniel Willi (SP) kündigte namens der SP/EVP-Fraktion an, dass man einen allfälligen Verkauf des städtischen Grundstücks ganz im Sinne einer gemeinsam mit der GP eingereichten Initiative mit allen Mitteln bekämpfen würde. Wichtig angenommen wurde auch der Gestaltungsplan für das Gessnerareal. Dort sollen in fünf Neubauten 86 Mietwohnungen und in kleinem Umfang auch Gewerberäume entstehen, ohne dass dabei das historische Fabrikgebäude mit dem Einkaufszentrum und das Bürohaus angetastet werden.



Die abgebildeten Gebäude sollen allesamt der Neuüberbauung von Coop und ZKB weichen. Arthur Schächli

Wohnungsnot im Bezirk Uster ist real

Die Ergebnisse einer Bevölkerungsumfrage der SP Bezirk Uster zeigen: Die Mieten im Bezirk Uster sind zu hoch. 87,5 Prozent wünschen sich ein stärkeres Engagement der Politik im Immobilienmarkt.

Anja Gada*

Die Rückmeldungen der Bevölkerung zeigen deutlich, dass auch die Menschen im Bezirk Uster von der Wohnungskrise und den hohen Mietpreisen betroffen sind. Die Umfrageergebnisse zeigen auf, dass die Bevölkerung sich ein stärkeres Engagement vom Kanton und den Gemeinden auf dem Immobilienmarkt wünscht, um die Mietexplosionen in den Griff zu bekommen», fasst SP-Kantonsrätin Leandra Columberg die Ergebnisse der Umfrage zusammen. Es nahmen 1338 Personen aus dem Bezirk Uster an der Umfrage teil.

Zu hohe Mieten

Wer im Kanton Zürich eine Wohnung sucht, zahlt rund 50 Prozent mehr als vor 20 Jahren, obwohl die Mieten wegen der tiefen Zinsen hätten sinken müssen. Wir haben also ein grossflächiges Problem mit illegal hohen Mieten. Dafür verantwortlich sind unter anderem Immobilienkonzerne, die in den letzten Jahren immer mehr Liegenschaften aufgekauft haben und sich auf Kosten der Bevölkerung bereichern. Das spiegelt sich auch in den Rückmeldungen der Bevölkerung wider: 87,3 Prozent der UmfrageteilnehmerInnen finden die Wohnungen im Bezirk Uster «teuer» oder «viel zu teuer». Weiter deckt die Wohnumfrage auf, dass 40,6 Prozent der Befragten nicht wissen, dass überhöhte Anfangsmietzinse angefochten werden können. SP-Kantonsrat Stefan Feldmann kommentiert: «Der Kanton und die Gemeinden müssen MieterInnen aktiv über ihre Rechte informieren und bei der Anfechtung von Anfangsmietzinsen unterstützen. Viele wissen gar nicht, dass sie zu viel Miete be-

zahlen, oder sie haben Angst vor negativen Konsequenzen.»

Viele fürchten Wohnungsverlust

Rund ein Drittel der Befragten befürchtet, ihre Wohnungen aufgrund einer Sanierung mit anschliessender massiver Mietzinserhöhung zu verlieren. Patricia Bernet, SP-Stadträtin und Kantonsratskandidatin meint hierzu: «Es ist beschämend, dass in einem florierenden und wachsenden Bezirk wie Uster nicht genügend bezahlbarer Wohnraum vorhanden ist, um für alle ein Zuhause zu bieten.» Gemäss der Umfrage befürworten 81,4 Prozent der Befragten, dass die Gemeinden oder der Kanton VermieterInnen bei Sanierungen und Ersatzneubauten Auflagen machen, um solche exzessive Mietsteigerungen zu verhindern.

Für aktivere Bodenpolitik der öffentlichen Hand

87,5 Prozent der Befragten geben an, dass sich die Politik stärker auf dem Immobilienmarkt engagieren soll, um gegen die steigenden Mieten anzukämpfen. Exemplarisch zeigt sich das an der breiten Unterstützung für eine Forderung der SP: 79,5 Prozent der Befragten unterstützen die kantonale Initiative für ein kommunales Vorkaufrecht, das Städten und Gemeinden einfacher erlauben würde, Land zu erwerben, um bezahlbaren Wohnraum zu schaffen. Anja Gada, SP-Kantonsratskandidatin, sagt dazu: «Es braucht jetzt ein verstärktes Engagement des Kantons und der Gemeinden, um die Mieten in den Griff zu kriegen. So wie in den letzten Jahren kann es nicht weitergehen.»

* Anja Gada ist Wahlkampfleiterin der SP Bezirk Uster

FORUM

Gaht's no?

Unglaublich! Da unterstützt im Kantonsrat die SP-Fraktion und ein grosser Teil der GP die Vorlage für 50 Millionen Franken zur Förderung der CO₂-armen Mobilität in Form von Ladestationen. Ich meinte immer, es gehe beim Thema Umwelt generell um weniger Mobilität und um weniger Energieverbrauch. Denn jeder Energieverbrauch, auch der elektrische, schadet am Schluss der Umwelt. Und woher der Strom kommt, den die E-Autos zusätzlich benötigen, ist noch völlig unklar. Vermutlich werden die dafür benötigten Solar- und Windkraftwerke von den gleichen Kreisen dann bekämpft, die sich nun für die E-Mobilität stark machen.

Auch E-Autos sind nicht umweltfreundlich. Sie brauchen für die Batterien Metalle, deren Abbau nicht nur umweltschädlich ist, sondern auch noch die Gesundheit der dort arbeitenden Menschen schädigt. Von der Ausbeutung dieser Arbeitskräfte soll – aus linker Sicht – hier schon gar nicht die Rede sein.

Wo bleibt der «Markt»?

E-Autos verursachen gesundheitsschädlichen Lärm wie die heutigen Benziner- und Dieselfahrzeuge. Der Feinstaubabrieb bei den Pneus bleibt sich gleich. Warum soll da der Staat die E-Mobilität fördern und finanziell unterstützen? Für das gibt es doch den hochgepriesterten «Markt». Der schaffte ja auch die Tankstellen. Kommt hinzu, dass von dieser Förderung vorwiegend Grund- und Hauseigentümer profitieren, die steuerlich eh schon bevorzugt werden. Leute: Gut gemeint ist nicht immer gut! Hermann Koch, Wädenswil

Kein Freipass für Spanner

Im Kantonsrat wird die Einführung von Unisex-Toiletten in Gaststätten und Clubs ab 50 Plätzen postuliert. Da steckt offenbar viel Naivheit dahinter. Sexuelle Belästigung von Frauen und Mädchen ist Alltag. Opfer haben es immer noch schwer, Gehör zu finden und Recht zu bekommen. Die Dunkelziffer ist hoch.

Da wirkt ein solches Postulat wie ein Freipass für Spanner und Grapscher. Sie erhalten eine zusätzliche und erleichterte Möglichkeit, Frauen und Mädchen sexuell zu belästigen. Kann dann eine Mutter noch ihre Tochter allein in eine Restaurant-Toilette lassen? Werden sich nicht mehr Frauen von sich aus zurückziehen und solche Lokale mit Unisex-Toiletten meiden? Damit werden auch die Ausgahmöglichkeiten für Frauen und Mädchen eingeschränkt. Ein Rückschritt! Es ist nur eine Frage der Zeit, bis Missstände offensichtlich werden.

Unsere Gesellschaft ist noch lange nicht reif für Unisex-Toiletten. Werden sie trotzdem kommen, muss den Müttern zeitig empfohlen werden, ihre Töchter in eine Kampfsportgruppe zu schicken. Vorerst hoffe ich, dass Unisex-Toiletten vom Volk abgelehnt werden.

Liliane Waldner

Reklame

«Ich wähle Mario Fehr, weil er sich als Sozialminister konsequent für Schwächere einsetzt.»



Christoph Sigrist

Pfarrer am Grossmünster, Rafz

www.mariofehr.ch

Überparteiliches Komitee Mario Fehr wieder in den Regierungsrat, im Walder 33, 8702 Zollikon

Frischfleisch



Die Männerwahl stellt Frauen offenbar vor ein Dilemma, das beim Anblick eines Sixpacks aber mit ihnen dahinschmilzt.

Der alte, reiche Sack oder der ärmliche Künstler mit Herz. Was anderes steht gar nicht zur Debatte. Maxandra (Salma Hayek) ist von ihrem Überflusdasein als Gattin eines britischen Medienmoguls angewidert und plant einen Rachefeldzug. Weil er sie vernachlässigt – und hin und wieder fremdvögelt. Ihr einzig möglicher Einfluss betrifft das seit Generationen im Familienbesitz der Familie Rattigan befindliche Theater. Zudem zelebriert das dort aktuell gespielte Erfolgsstück ein rückständiges Frauenbild einer vollständigen Abhängigkeit von männlicher Willkür ergo dessen Geld. Sie ist wild entschlossen, dieses Dilemma zu überwinden und glaubt – so der Plot von «Magic Mikes last dance» von Steven Soderbergh – allen Ernstes, via die Veränderung des Stückverlaufs im Spielplan eine Verbesserung der eigenen Lage erzwingen und zum Schluss die Kohle und das knackige Frischfleisch zugleich ihr Eigen nennen zu können. Dem ehemaligen Erfolgsstripper Mike (Channing Tatum) hat die Pandemie einen Strich durch die berufliche Neuorientierung gezogen, also ist er halbherzig dazu bereit, für einen enormen Geldbetrag exklusiv für sie nochmals aus den Hosen zu steigen und willigt danach auch ein, während eines Monats eine emanzipiertere Version des Klassikers einzustudieren. Wobei emanzipiert in diesem Zusammenhang völlig in die Irre führt, weil sich die Show letztlich doch wieder – wie die beiden Vorgängerkollegen – um das Hochlebenlassen des erotischen Potenzials eines sich lasziv räkelnden, stereotyp durchtrainierten Männerkörpers auf die Frauen dreht, dessen Höhepunkt ein Duett im Regen zwischen Channing Tatum und Kylie Shea darstellt. Derweil lässt Maxandras Schwiegermutter durch geschicktes Ausspielen ihres Einflusses immer wieder ausrichten, nach welchen Regeln hier tatsächlich gespielt wird. Das angebliche Ursprungsdilemma wird nicht gelöst, aber entschieden. froh.

«Magic Mikes last dance» spielt in den Kinos Abaton, Arena, Corso.

Unfähig



Peter wollte in der eigenen Vaterrolle keinesfalls die Kältherzigkeit seines erfolgsorientierten Vaters wiederholen.

Florian Zeller stellt in «The Son» die Frage nach Vereinbarkeit zwischen Beruf und Familie, zwischen Wunsch und Wirklichkeit und letztlich auch zwischen selbstständig entwickeltem Verhalten und dem durch das eigene Vatern Vorbild geerbten zur Disposition. Ein Idealbild gibt Peter (Hugh Jackman) zu keinem Zeitpunkt ab. Er hat Kate (Laura Kern) und Nicholas (Zen MacGrath) sitzengelassen, um mit der jüngeren Beth (Vanessa Kirby) einen zweiten Anlauf für ein glückendes Familienleben zu starten. Beruflich ist er erfolgreich, steht also unter Druck. Die Frauen regeln den Rest. Bis auf Ausnahmefälle sogenannter Quality-Time. Erst als der pubertierende Nicholas Schwierigkeiten bereitet, vornehmlich weil er durch ausgedehntes Schuleschwänzen die potenziell für ihn vorgesehene Karriere bedroht, also auch das Selbstbild Peters, der seinen Vaterstolz nur eindimensional zu begründen versteht, kippt die angebliche Ordnung.

Denn Peters Verständnis von Verantwortung besteht primär darin, Nicholas wieder auf Spur zu bringen. Aus seiner Perspektive geht er dafür sogar Kompromisse ein. Er lässt Nicholas bei sich, Beth und dem Baby einziehen und integriert ihn auch in die Aufgabenliste seiner täglichen Telefonate. Als er zufällig erkennt, dass sich Nicholas ritzt, federt er seine aufkommende Ohnmacht damit ab, professionelle Hilfe in Anspruch zu nehmen, woraufhin er sogleich ein immanent schlechtes Gewissen entwickelt. Ohne aber die eigene Rolle deswegen zu reflektieren. Peter traut seinem Sohn in keiner Hinsicht etwas zu. Weder ein Verantwortungsgefühl gegenüber anderen, noch sich selber. Er fühlt sich zusehends selbst in die Ecke gedrängt. So weit, dass er sich in der Not sogar vom Kontakt zum eigenen verhassten, hartherzigen Vater (Anthony Hopkins) eine erlösende Erkenntnis erhofft. Dieser Dialog gibt der brutal trefflichen Analyse seiner Problemlage den Rest. froh.

«The Son» spielt in den Kinos Abaton, Corso, Houdini, Le Paris.

Ausgenützt



Jean-Pierre und Luc Dardenne führen das komplette Ausgeliefertsein von heranwachsenden Geflüchteten vor.

Sie sind ein Dreamteam. Der kleine Tori (Pablo Schils) wurde als ein Hexer im Kindesalter verfolgt und hat deshalb einen gesicherten Aufenthaltsstatus in Belgien zugesprochen erhalten. Lokitas (Joely Mbundu) Erzählung stösst bei den Behörden auf so grosse Zweifel, dass ihr Prozess für offizielle Papiere noch im Gang ist. Sie seien Geschwister, behaupten sie, können dies aber nicht glaubwürdig machen. Seit ihrer gemeinsamen Überfahrt sind sie einander die jeweils einzige Stütze, aber vor den Paragraphen gilt das nichts. Die Kritik der Gebrüder Dardenne richtet sich höchstens indirekt an die strengen Auflagen der prüfenden Stellen. Sie zeigen aber, welche selbstgefährdenden Risiken junge Geflüchtete eingehen (müssen), die unabhängig von ihrem Aufenthaltsstatus Geld verdienen, also überleben wollen: Um die Schulden bei den Schleppern abzubezahlen, um der Familie zuhause die ersehnte Unterstützung schicken zu können und nicht zuletzt, um sich selber über Wasser halten zu können. Tori hält durch alle Böden zu Lokita, obschon er selbst die Risiken, denen sie sich schier zwangsläufig aussetzen muss, auf dem Papier nicht eingehen müsste. Aber Lokita ist völlig schutzlos. Sie kann für fünf Euro den Karaokeabend in einer Bar in Stimmung singen, für ein paar Euros mehr die Drogenkurierdienste für Betim (Alban Ukaj) übernehmen, aber um richtiges Geld zu verdienen, also mehr als willkürliche Brosamen, müsste sie über gültige Papiere verfügen. Betim kann einen gefälschten Pass besorgen. Dafür muss sie drei Monate abtauchen, alle Kontakte aufgeben, die Sim-Karte abgeben.

«Tori et Lokita» ist schonungslos darin, aufzuzeigen, wie die Theorie – sei es die Logik von Betim oder die bürokratischen Scheuklappen – mit einer emotional erlebten Realität unvereinbar sein können. Zwar muss Lokita «bloss» Indoorhanfpflanzen pflegen, aber für Betims hierarchisch übergeordnete Instanz ist sie auch blosses Ware. froh.

«Tori et Lokita» spielt im Kino Houdini.

Algokratie statt Demokratie & «Arschlochmama»

Samstag, 11. Februar

8.30 SWR: «**Pionierin der modernen Mathematik.**» Johanne Burkhart porträtiert Emmy Noether. Albert Einstein nannte sie ein Genie. Doch als Frau hatte sie es, wie viele ihres Fachs noch heute, an der Uni schwer. Weil sie Jüdin war, musste sie 1933 in die USA emigrieren. Heute ist ihr Name höchstens Fachleuten bekannt.

11.00 DLF: «**Schattenseiten auf Sonneninseln.**» Tourismus auf den Kanaren. Leila Knüppel in der Reihe Gesichter Europas. Sie sind eines der Haupturlaubsziele in der Europäischen Union. Denn die Inseln, die zu Spanien gehören, bieten das ganze Jahr über viel Sonne und angenehm warme Temperaturen. Jährlich kommen bis zu 15 Millionen TouristInnen auf die Inseln – und das bei einer Bevölkerung von gut zwei Millionen. Das schafft auch Umwelt- und andere Probleme. Wohnungspreise steigen. Jobs in Hotels und Restaurants sind oft prekär und schlecht bezahlt. Von den ökonomischen Vorteilen des Tourismus profitieren wenige, etwa 20 Prozent der Einwohnerinnen und Einwohner auf den Kanaren leben in Armut ... Gleichzeitig bei SRF 2 die Wiederholung von «Musik für einen Gast» mit Yvonne Apiyo Brändle-Amolo, Künstlerin und interkulturelle Mediatorin.

16.00 SRF 2: «**CH-Musik.**» Berg und Tal und darüber hinaus.

17.00 SWR: «**Zeitgenossen.**» Wolfgang Ischinger, Diplomat und langjähriger Leiter der Münchner Sicherheitskonferenz.

19.00 SWR: «**Die blauen Schafe.**» Krimi von Bodo Traber. (Psychologie-)Studierende auf einem Trip in die Berge. Tage ohne Laptops und Telefon! Doch die vermeintlich idyllische Natur wirkt eigenartig verändert: Insekten wirken unnatürlich gross und auf den Feldern weiden blaue Schafe ...

20.00 DLF: «**Atemschaukel.**» Hörstück nach dem Roman von Herta Müller. 1945 wird der junge Leopold nach Russland in ein Arbeitslager deportiert. Anhand seines Lebens erzählt die Autorin vom Schicksal der deutschen Bevölkerung in Siebenbürgen, die in Rumänien nun auch mit politischen Konsequenzen des Krieges konfrontiert wurde. Erzählt werde von «Überlebenstechniken vor allem durch die Sprache und die Kraft der Imagination». Parallel bei SRF 2: «Triptychon eines seltsamen Gefühls.» Hörspiel von Beatrice Fleischlin. Sie sei hier als Performerin der Liebe auf der Spur, «in all ihren diversen Gestalten. Dieser unfassbaren Urgewalt, die einen packt, beflügelt, durchschüttelt, verbrennt, erschöpft. Bizar, grotesk, bombastisch». Komposition

und Sounddesign: Amandine Casadamont.

21.00 SRF 2: «**Trompeter im Wald.**» Der Klangkünstler Werner Hasler. Vorgestellt von Cécile Olshausen in Musik unserer Zeit.

22.00 DLF: «**Tanz der acht Arme.**» Die Komponistin Konstantia Gourzi und ihr Münchner Ensemble octopus. Vorgestellt von Julia Kaiser im Atelier neuer Musik. Gleichzeitig bei SWR 2 Kultur in der Jazztime: «Der virtuose Schweiger.» Michael Rüsenberg erinnert an den Saxofonisten Gerd Dudek. Und nach 23 Uhr folgt hier ein Hörspiel nach Büchern von Ernst Jünger: «Das abenteuerliche Herz.» Oder Figuren & Capriccios bei Tag & Nacht.



23.00 DLF: «**Das Moor, die Kunst und das Dorf.**» Berit Hempel führt durch eine Lange Nacht über die Künstlerkolonie Worpswede.

Sonntag, 12. Februar

8.30 SWR: «**Science Talk**» mit der Humangenetikerin Beate Niesler. Ausgangspunkt sind neue Methoden bei der Therapie von Darmerkrankungen. Derweil geht es bei SRF 2 um «Das schlechte Gewissen». Léa Burger befragt einen Psychologen und eine Theologin.

9.30 DLF: «**Die Allherrschaft der Algorithmen.**» Zur technischen Erledigung moralischer Willensbildung. Essay von Roberto Simanowski. Seit langem hofft die Philosophie wohl eher vergeblich, dass der Mensch sich bei Problemen moralisch entscheidet. Nun sollen digitale Technologien dabei helfen: Sie zwingen den Menschen zum richtigen Verhalten. Ethiker warnen vor dieser Entwicklung. Wenn wir nicht mehr dem Menschen vertrauen, sondern dem Code, würde Demokratie zur Algokratie, zur Herrschaft der Algorithmen.

11.00 SRF 2: «**Zwei mit Buch.**» Essen als Ideologie und Lebenssinn: «Gesund genug» von Ursula Fricker.

12.00 SWR 2: «**Vor zehn Jahren trat Papst Benedikt zurück.**» Tilmann Kleinjung über 31 Tage Kirchengeschichte. Und bei SRF 1 dürften im Regionaljournal Zürich demnächst die ersten Wahlergebnisse zu hören sein ...

12.40 SRF 2: «**Musik für einen Gast**» mit Günther Vogt, Land-

schaftsarchitekt. Er gestaltete unter anderem die Masoala-Halle im Zürcher Zoo.

13.30 DLF: «**Zwischentöne.**» Musik und Fragen zur Person. Benjamin Heisenberg, Regisseur und (vielseitiger) Künstler.

14.00 SWR: «**Welcome Home Dr. Marco.**» Identitätssuche zwischen Karl-Marx-Stadt und Kenia. Feature von Ute Lieschke. Er sucht erst nach seinen Wurzeln, als seine Töchter – die eine weiss, die andere dunkelhäutig – danach fragen.

15.00 SRF 2: «**Begegnung von Lyrik und Musik.**» Eine Passagier-Sendung mit Simone Lappert und Marena Whitcher. Und beim DLF in Rock et cetera: «Folkmetal mit Pferdekopfgeige.» Die mongolische Band The HU.

18.20 SWR: «**Leben des Galilei.**» Hörspiel nach dem Stück von Bertolt Brecht. Produziert 1967. Heute die zweite Hälfte.

20.00 DLF: «**Fallhöhe.**» Jüdischer Humor in Deutschland. Feature von Manuel Gogos. Wer dann noch etwas dranbleibt, bekommt noch Polit-Trendmeldungen von weiter weg: «Berlin hat gewählt.»

23.00 SWR: «**Souveräne Melancholie.**» Annie Ernaux, der Hypermarché und wir. Ein Radioessay von Michael Hirsch. «Warum Supermärkte? Weil man mit ihnen vom Leben erzählen kann.» Von dem seltsamen Widerspruch, in dem wir leben: Gefangen zwischen der Liebe zu den Waren, die uns umgeben, und dem Gefühl des Unbehagens ihnen gegenüber.

Montag, 13. Februar

8.30 SWR: «**Neue Bilder für die Bundesrepublik.**» Joachim Meissner erinnert an den Fernsehkommentator Peter von Zahn.

14.00 SRF 1: «**Die Edenklinik.**» Die zweite Hälfte eines Hörspiels von Pamela Dürr, das sich um «heisse Herzen unter weissen Kitteln» dreht.

15.00 SWR: «**Weggesperrt.**» Ausnahmezustand in El Salvador. Andreas Boueke traf beispielsweise Carlos. Er hat die Jugendmannschaft des Dorfes Guarjila trainiert. Aber aus Angst vor staatlichen Übergriffen erlauben viele Mütter ihren Söhnen jetzt nicht mehr, auf den Fussballplatz zu gehen. Denn die Regierung hat den Ausnahmezustand verhängt, um die Gewalt von Jugendbanden zu bekämpfen ...

19.15 DLF: «**Andruck.**» Das Magazin für Politische Literatur. Immer montags um diese Zeit!

Dienstag, 14. Februar

8.30 SWR: «**Wen wir suchen und wen wir bekommen.**» Jochen Paulus zur Partnerwahl.

15.00 SWR: «**Zerplatzte Träume.**» Claudia Heissenberg über afrikanische Studierende aus der Ukraine.



19.15 DLF: «**Die toten Kinder von Kamloops.**» Der Kampf der First Nations Kanadas um Gerechtigkeit. Feature von Dorothea Brummerloh. 215 Kindergräber auf dem Gelände einer ehemaligen Schule ...

20.00 DLF: «**Über die Schädlichkeit des Tabaks.**» Hörstück nach Anton Tschechow.

21.00 SWR: «**Imaginary Blockscape.**» Digitale Kunst, Krypto und Neue Musik auf der Blockchain. Felix Linsmeier lädt in JetztMusik ein zu einer Spurensuche «zwischen marktlibertärem Futurismus, Kunst auf einem brennenden Planeten und der Frage, wer oder was hier wirklich eine Revolution erfährt».

Mi, 15. Februar

8.30 SWR: «**Arktisforschung ohne Russland.**» Jörn Freyhagen zu den Folgen für die Wissenschaft.

15.00 SWR: «**Das letzte gemeinsame Projekt.**» Maria Knilli verabschiedet sich von ihrem Vater. Feature von Grace Yoon. Friedrich Knilli, der Medienwissenschaftler, lebte für seine Arbeit und wollte, obwohl sein Sehvermögen stark eingeschränkt war, weiterarbeiten. Er formulierte, sie schrieb mit ... Anschliessend um 15.30 Uhr: «Das numinose Alltägliche.» Essay von Helen Macdonald. Sie ist dem Numinosen schon als Kind begegnet, und zwar am Radio, in geheimnisvollen Glockentönen, die völlig unvorhersehbar immer mal wieder hinter den eigentlichen Sendungen erklangen ...

20.00 SRF 2: «**Der Computer träumt.**» Leonie Reineke über Künstliche Intelligenz in der Neuen Musik. Danach ein Konzert der Basel Sinfonietta im Museum Tinguely: «Mysterium Klang.»

20.30 DLF: «**Lesezeit.**» Ana Marwan, slowenische Schriftstellerin, mit «Verpupp».

21.00 DLF: «**Deppen-Diplom.**» Der neue Kursus von Christian Hölbling.

Do, 16. Februar

8.30 SWR: «**Künstlerin, Friedensaktivistin, Feministin.**» Berit Hempel zu Yoko Ono.

15.00 SWR: «**Die Wälder der Zukunft.**» Thomas Gaevert über Förster Gutbier und dessen einzigartiges Experiment im Harz, wo es zuvor eigentlich nur endlose Fichtenplantagen gab.

20.00 SWR: «**Musik unter allen Bedingungen!**» Camilla Hildebrandt porträtiert in der Musikpassage den 28-jährigen Ukrainer Rostislav Golubov. «Musik ist das Einzige, was einen moralisch rettet und von dem ablenkt, was um einen herum passiert. Ich spiele in der Hoffnung, nach dem Ende dieses Wahnsinns bereit zu sein, an der Erneuerung des kulturellen Lebens in meinem Land mitzuwirken.»

Freitag, 17. Februar

8.30 SWR: «**Rechtsextreme in Uniform.**» Jan Tussing über Rassismus bei Polizei und Justiz.



15.00 SWR: «**Black Power in den Goldenen Zwanzigern.**» Afrodeutsche auf Spurensuche. Feature von David Siebert.

19.15 DLF: «**Wen dürfen wir essen?**» Heute in der dritten Folge der Serie von Jakob Schmidt und Jannis Funk: Tiere wie wir?

20.00 DLF: «**Arschlochmama.**» Wenn Eltern und Kinder streiten. Feature von Philine Velhagen. Einmal schrie sie ihre Kinder an, «so es reicht, ich ruf jetzt die Polizei» ... Gleichzeitig bei SRF 1 das Finale von «Familienpoker»-Serie nach dem Roman von Sunil Mann.

22.00 SWR: «**Kummer aller Art.**» Mariana Lekys psychologische Geschichten aus dem Alltag. Aufzeichnung aus dem Staatstheater Mainz. Schlaflosigkeit, Angst, Liebeskummer, angestossen von banalen Ereignissen – und Stoff für eins der erfolgreichsten Bücher der letzten Jahrzehnte.

DLF/Deutschlandfunk – 100,6 und 105,1 MHz. SWR/Südwestrundfunk 2 – 90,4 und 97,9 MHz auf UKW sowie in digitalen Kanälen und Netzen. Zudem sind die meisten Sendungen im Podcast-Angebot.

Skandalöses



Auch heute noch werden die Studien für neue Medikamente ohne Rücksicht auf das weibliche Geschlecht regelmässig an Männern (meist weiss, meist jüngeren Alters, Gewicht, Grösse etc.) durchgeführt. Zwar hat diese Tatsache inzwischen einen gewissen Eingang ins allgemeine Bewusstsein gefunden, doch hat die Art ärztlicher Ignoranz eine ungeahnte zeitliche Dimension, wie die Autorin in aller Klarheit und vielen Details der 3000 Jahre alten Kultur- und Medizingeschichte sehr lesenswert darstellt. Frauen und ihren Krankheiten wurden die skandalösesten Ursachen unterstellt. Darunter ist die antike These einer «wandern den Gebärmutter» wohl die skurrilste, gleichzeitig aber die, die sich bis ins 19. Jahrhundert hielt: Sobald eine Frau keine Kinder (unabhängig vom Alter) gebar, wanderte die «unterbeschäftigte Gebärmutter» (!) durch den Frauenkörper und verursachte dort alle Leiden! Und auch heute gibt es genügend Ärzte, die uneindeutige Krankheitssymptome bei Frauen nicht ernst nehmen, sondern sie lieber mit «Happy Pills» ruhigstellen.

Brigitta Klaas Meilier

Elinor Cleghorn: **Die kranke Frau.** Wie Sexismus, Mythen & Fehldiagnosen die Medizin bis heute beeinflussen. Kiepenheuer & Witsch 2022, 494 Seiten, 39.90 Franken.

Moderne



«Prosaische Passionen» versammelt 101 Short Storys von Autorinnen aus aller Welt, die zwischen 1850 und 1921 geboren sind. Geschrieben haben Frauen schon immer, aber erst im 20. Jahrhundert wurden sie im literarischen Betrieb mindestens so ernst genommen wie in der übrigen Arbeitswelt. Wobei es noch Einschränkungen gab: zeitliche und finanzielle. Das führte unter anderem dazu, dass die Herausgeberin Sandra Kegel sich auf kurze Erzählungen konzentrierte. Erstens lässt sich damit eine Autorin meist besser als mit Ausschnitten aus grossen Werken charakterisieren, und zweitens entsprach es immer noch der Realität vieler Autorinnen: Sie schrieben, wenn die anderen, oft haushälterischen Tätigkeiten ihnen kurze Zeit liessen. Zudem fand sich für eine Kurzgeschichte leichter eine Veröffentlichungsmöglichkeit, gerade in Zeitungen und Zeitschriften. Die Auswahl ist nach den Kriterien der Gültigkeit der Werke getroffen. Die Herausgeberin wollte zeigen, wie die moderne Literatur von Frauen genauso geprägt wird wie von Männern, nicht unbekannte Frauen vorstellen. Die Unbekanntheit vieler Autorinnen ergibt sich daraus, dass die ganze Welt berücksichtigt wurde. kl.

Sandra Kegel (Hg.): **Prosaische Passionen.** Verlag Manesse 2022, 916 Seiten, 52.90 Franken.

Brechts Frauen



Unda Hörner schildert in ihrem Buch «Brecht und die Frauen» die bekannte Ausnutzung der Frauen differenziert, ohne dass sie die ständige Untreue Brechts negiert, die dezidiert nicht auf Gegenseitigkeit beruhte, und ohne seine Gleichgültigkeit gegenüber dem Schicksal mehrerer seiner Kinder, die er mit verschiedenen Frauen zeugte, zu übersehen. Abgesehen von den kurzen Abenteuern bestand sein Beziehungsmuster darin, dass er immer wieder eine Neue wollte, ohne dass er mit den Bisherigen Schluss machen wollte oder konnte. Die zweite Komponente bestand darin, dass er, aber auch die Frauen, die Beziehung immer mit Arbeit verband. Sie waren stets Literatinnen, Schauspielerinnen oder Theaterorganisatorinnen. Er lebte oft mit mehreren zusammen, ohne dass die Frauen damit unbedingt einverstanden waren. Neben ihm, um den sich der immer grössere Haushalt drehte, ermöglichte dies vor allem Helen Weigl, die alles organisierte und auch den Haushalt schmiss. Das Buch dreht sich fast ausschliesslich um die Beziehungen und die Art der Zusammenarbeit, ohne sich auf Literaturkritik einzulassen und zeigt, dass nicht nur Brecht profitierte. kl.

Unda Hörner: **Brecht und die Frauen.** Abersbach & Simon 2023, 142 Seiten, 29.90 Franken.

Krimi der Woche



Es ist ein origineller Ausklang der Krimireihe mit 21 Folgen in 32 Jahren. Dieser Band ist der letzte der erfolgreichen Serie. Tatsächlich? Meisterhaft hat Jürgen Kehrer einen doppelten Krimi vorgelegt. Nach Kapiteln getrennt, die alternierend mit der Jahreszahl 1989 oder mit 2022 überschrieben sind, wechselt die Handlung zwischen einer Geiselnahme in der Gegenwart und einem Mordprozess im Jahr 1989. Die Übergänge der beiden Geschichten sind klar, leicht fassbar und erhöhen die Spannung.

Es beginnt mit der Beschreibung der Geschehnisse in einem Warenhaus in Münster im Jahr 2022. Der älter gewordene Privatdetektiv und frühere Rechtsanwalt Georg Wilsberg wird zufällig Teil der Geiselnahme. Die Täter, vier maskierte Gestalten mit Faustfeuerwaffen, haben Kunden und Angestellte des Warenhauses zusammengetrieben. Sie wollen Franz Knieriem, Anführer einer rechtsradikalen Gruppe, aus dem Gefängnis freipressen und zudem eine Menge Geld bekommen. Wilsberg kennt den Typen. Dreiundzwanzig Jahre zuvor hatte er ganz kurzfristig in einem spektakulären Mordprozess die Verteidigung von Knieriem übernommen. Alle Indizien deuteten auf Knieriem als Täter. Der beteuerte hartnäckig seine Unschuld. Wilsbergs neue Freundin Shirin wollte ihm zum Erfolg verhelfen, überraschend fand sie eine Entlastungszeugin. Der Freispruch Knieriems stand kurz bevor. Um das gebührend zu feiern, fuhren Wilsberg und Shirin für ein paar Tage nach Berlin. Dort erlebten sie unerwartet hautnah den Mauerfall. Aber gleichzeitig machte der Anwalt eine Entdeckung, die ihn schliesslich zur Aufgabe seiner Zulassung als Anwalt zwang. So viel zu Wilsbergs erstem Fall.

Nun zum letzten Fall, der im April 2022 beginnt: Franz Knieriem wird tatsächlich freigesetzt, es kommt zur wenig erfreulichen Begegnung zwischen ihm und seinem früheren Anwalt. Es kommt aber Knieriem gelegen, denn endlich kann er Wilsberg eine offene Rechnung heimzahlen. Er und seine Kumpane sollen dabei straflos davorkommen und in Sicherheit das erpresste Geld verprassen können. Die meisten Geiseln werden freigelassen, Wilsberg und Christine müssen hingegen mit auf die abenteuerliche Flucht. Wie es dann wirklich ausgeht, muss hier eine Überraschung bleiben. Jürgen Kehrer verabschiedet sich mit diesem 21. Fall von der Wilsberg-Serie. Der Ausklang ist ihm gelungen. In beiden Krimiteilen werden die Figuren plastisch dargestellt und Wilsberg wird überaus sympathisch beschrieben, der auch in lebensgefährlichen Situationen seinen kühlen Kopf bewahrt. Der subtile Humor sowie die flüssige Sprache sind ein Genuss. Es gilt wohl von Georg Wilsberg Abschied zu nehmen. Aber hoffentlich kann Jürgen Kehrer das Schreiben noch lange nicht lassen. Marianne de Mestral

Jürgen Kehrer: **Wilsberg – Sein erster und letzter Fall.** Grafit in der Emons Verlag GmbH 2022, 237 Seiten, 19.90 Franken.

Kryptisch

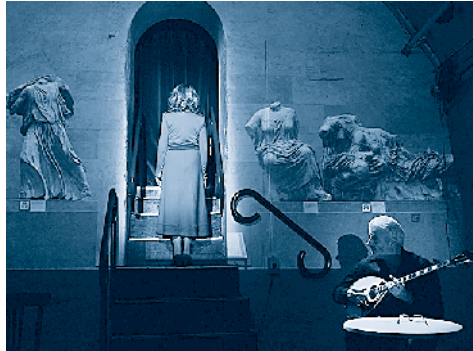


Auch Ceylan Öztürk kann ortsspezifische Kunstperformance, die hauptsächlich Bedeutungsschwere zelebriert.

Die Lichtinstallation zeichnet die Mondlaufbahn unter der Decke der Reithalle nach, projiziert den Lichteinfall durch vergitterte Schächte auf den Boden und verwandelt den Boden in einen wolkenverrückenden Himmel. Das Unabänderliche eines regelbasierten Zyklus, das Klaustrophobische einer empfundenen Unfreiheit, das Sehnsuchtsymbolische einer Verniedlichung. Drei TänzerInnen entwickeln in ihre Bewegung behindernden, tiefschwarzen Modeentwürfen einerseits ein körperliches Streben nach der Mitte, einer Gemeinschaft, andererseits einen Ablauf vom sperrigen Kriechen in Slow Motion bis zum sanft wogenden Ausdruck von Genuss während einer Klubnacht. Die vierte Person führt ein Telefongespräch, das sowohl ein nachgerade anthroposophisches Verständnis von Räumlichkeit, also die Ablehnung rechter Winkel verhandelt, als auch eine erstmals notwendige Desorientierung propagiert, in der Erwartung, die folgende, neu auszurichtete Orientierung würde das als starr empfundene Verhältnis zwischen Raum und Körper auflösen und eine ausgewogenere Machtbalance ermöglichen. Zur Auflockerung werden Kalauer gereicht und anscheinend als hochphilosophisch angenommene Verknüpfungen unzusammenhängender Begriffe, Materialitäten und Gefühlslagen in einer Mélange als treffliche Analyse anboten. Jede Relation ist inexistent, insofern klappt der erste Schritt eines Orientierungsverlustes. Woran dieser Abend aber die Bedrohung, den Unmut, ja den Zwang überhaupt festmacht, bleibt unergründlich, weshalb die Auflösung in der logischen Konsequenz gleichwohl kryptisch bleiben muss. Nur weil das alles in einem Bühnenraum stattfindet, ist ein Zusammenhang damit noch nicht hergestellt. Genauso wie eine atmosphärische Bedeutungsschwere vielleicht als Erzählalternative durchgehen kann, aber keineswegs als Ersatz für Inhalt taugt. froh.

«Wearing the angles, kissing the room», bis 14.2., Gessnerallee, Zürich.

Rückgabe



Pius Bacher

Statt Ehrfurcht vor einem exklusiven Club entwickelt die geladene Rednerin ein regelrechtes Feuer für Gerechtigkeit.

Ihre physische Eleganz, der schmeichelhafte Liebreiz ihrer Stimme und ihre jugendliche Erscheinung beim Singen vermögen vielleicht den Eindruck zu erwecken, die sich hier exponierende Frau wäre das all ihren Geschlechtsgenossinnen als immanent zugeschriebene Leichtgewicht. Doch bei Marianne Weber als Melina Mercouri (1920 – 1994) ist sofort klar, wie raffiniert sie es versteht, die sogenannten Waffen einer Frau allein für die Erreichung ihrer Ziele einzusetzen. Die resolute, entwaffnend direkte und argumentativ stringente Kämpferin für das kulturelle Erbe Griechenlands und dessen zwingender Rückgabe verwendet ihre Energie allein auf ihre Durchsetzungskraft. Ein gewisser Boris Johnson unterstützte sie Mitte der 1980er-Jahre als Oxford-Student mit einem Pamphlet für die Restitution der Parthenon-Marmore und lud sie zum Vortrag in den exklusiven Studentenclub, wofür gemeinhin nur Politgrößen wie Kennedy infrage kommen. Und höchst selten überhaupt Frauen. Die Hommage «Melina» mit Bouzoukiklängen von Akis Savas ist ausserordentlich erfrischend nichtfolkloristisch und dafür umso beherzter politisch agitatorisch. Die Brandrede über den verkanteten Stolz, die leichtfertig übergangene Bedeutung der griechischen Hochkultur, also die identitätsstiftende, überlebenswichtige Bedeutung der Parthenon-Marmore für die griechische Volksseele, findet in der Regie von Daniel Ludwig einen beschwingt wirkenden, inhaltlich aber todernsten Ausdruck. Hochaktuell zerpfücken die Worte der Ikone Melina Mercouri sämtliche billigen Ausflüchte und sie verstehen es darüber hinaus, die Restitutionsforderung keineswegs als alleinigen Anspruch Griechenlands hinstellen, sondern zeigen den grösseren Zusammenhang auf: Im universellen Sinne gestohlen wurde letztlich jedes ausser Land geschaffte Kulturgut – unabhängig davon, welchen Kontinent die europäischen Grossmächte mit einem Selbstbedienungsladen zu verwechseln vorgaben. froh.

«Melina – Hommage an eine Legende», 7.2., Keller 62, ZH.

Arrangiert



Toni Suter

Die Musik zuerst, Szene liefert nur die Bilder: «Roberto Devereux» am Opernhaus wirkt bei aller Sorgfalt altmodisch.

Zuerst liegt da zu den düstern Eröffnungstakten ein abgeschlagener Kopf: Nur dank ihm kam Elisabeth I. an die Macht, der Blutfleck erinnert sie und alle, auch Jahrzehnte später noch, ständig daran. Das Trauma begleitet die mächtigste Frau der Welt, die niemand weinen sehen darf, die sich aber doch nach Liebe und Nähe sehnt. Ein klassisches, zeitloses Thema – operngemäss in eine Dreiecksgeschichte mit Tenor zwischen Sopran und Mezzo gepackt.

Dirigent Enrique Mazzola zeigt mit spannungsvollem Aufbau und geschickt gesetzten Tempoänderungen und Zuspitzungen, dass in der Musik von 1837 viel Drama steckt. Die Männer bleiben darin blass (Stephen Costello in der Titelpartie, auch weil er bis zu seiner grossen Arie spart, Konstantin Shushakov als Nottingham, weil er bei allem Stilbewusstsein zu wenig Power mitbringt) und weil die Komposition sehr auf die Frauenrollen fokussiert. Mit Inga Kalna singt eine Sopranistin Elisabeth, die ihre Töne wie Skalpelle setzt: Die Schärfe in der Höhe irritiert am Anfang. Je verzweifelter die Figur wird, umso besser passt diese Farbe. Diese Königin ist verhärtet, verlassen und einsam, das Amt kommt dem Menschen in den Weg. Kalna setzt dabei nicht auf reine Virtuosität, sondern lädt jeden Ton emotional auf – stark! Anna Goryachova kehrt als geheime Rivalin zurück ans Opernhaus, wo sie vor zehn Jahren ihre internationale Karriere startete. Wie crèmeig-voll ihr Mezzo jetzt klingt, mit welcher musikalischer Intensität sie singt! Nur schön? Nein, nötig wäre auch eine Regie, die die SängerInnen nicht primär sich selbst überlassen und sich auf die Bilder der mächtigen Marmorbühne verlassen würde, auf der eine Halbkreismauer herumgeschoben wird. Regisseur David Alden begnügt sich leider damit. Aus der Idee, wie hier alles auf blutigem Boden steht, wäre doch auch in der Personenführung mehr zu machen. Das Drama findet nur in der Musik statt. (tg)

«Roberto Devereux», bis 17.3., Opernhaus, Zürich.

Unverstanden oder aktiv ignoriert

Das Fluide im Werk von Pippa Garner (*1942) umfasst auch ihr Leben und erschwert es, ihre zwischen Industrialdesign, Kunst und politischer Agitation changierenden Arbeiten einer gewöhnlichen Zuschreibung zu unterwerfen. Die Kunsthalle Zürich lädt zu einer Reise ins Archiv.

Thierry Frochoux

Nach der Ausstellung «Act like you know me» ereilt einen die eher triste Vermutung, dass, wer sich aktiv, lustvoll und handwerklich gekonnt ausserhalb der gängigen Schemen bewegt, gerade mal so lange toleriert wird, als die deshalb nur schwer einzuordnende Person respektive deren Aussagen in einem Akt der Überheblichkeit ins scherzhafte Fach abgeschoben werden können. Vielen der als Archivpräsentation drapierten Arbeiten wohnt eine derart hochgradig subversive Absurdität inne, dass sie leicht als allein versponnen angesehen werden können. Sobald dieser Aspekt nicht mehr mitgedacht werden kann, kommt Ablehnung auf. Bei der Fotoserie «Coffeeshop Waitresses», in der sie Servicepersonal nicht nur ablichtete, sondern in den Texten auch Hintergründe über ihre Migrationsgeschichte und die aktuellen Lebensumstände publiziert haben wollte, lehnten alle grossen Zeitschriften einen Abdruck entschieden ab. Und dies, obschon Pippa Garner ansonsten eine gern gesehene Lieferantin von Inhalten – Illustrationen wie Texte wie Fotografien – für grosse Zeitschriften wie die «Vogue», den «Esquire» oder den «Playboy» war.

Fetisch Auto

Die Eindeutigkeit einer politischen Lesbarkeit stand hier im Weg. Wenn Pippa Garner zum Beispiel Autos so umgebaut hat, dass sie nicht nur ihrer Ursprungsfunktion enthoben sind, sondern auch in der neuen Form einen nurmehr sehr schwer vorstellbaren Nutzen aufwiesen, ist die Verortung eines Spleens, eines Gags oder im Extremfall sogar der Kunst hilfreich, um die darin augenscheinlich genauso innewohnende Kritik am Konsumwahn und der Autofetischisierung klammheimlich unter den Tisch fallen lassen zu können. Die Werbeeinnahmen für auflagenstarke Publikationen sprudelten in den 1960er- bis 1980er-Jahren dermassen reichlich, dass die Budgets wie der gesteigerte Seitenumfang die Redaktionen zu erfreulicher Experimentierfreudigkeit ermunterten, die Freiheit für die LieferantInnen von Inhalten entsprechend gross war. Eine Erfinderin konnte als exzentrisch eingestuft werden und Unterhaltung macht sich zu allen Zeiten gut, um den Raum zwischen den Anzeigenseiten aufzulockern. Eine Zeichenserie alternativer



Wer tatsächlich falsch liegt (oder verkehrt herum fährt), verdient einer reiflichen Überlegung.

Pippa Garner: «Backwards Car», 1974, Courtesy the Artist/Stars Gallery

Motorantriebe aus dem gängigen Blickwinkel unter eine Kühlerhaube – ein menschliches Gehirn, ein biblischer Erlöser oder ein Haufen Dollarscheine – musste in den 1980er-Jahren nicht automatisch als Anregung zum Nachdenken über Umweltschutz gelesen werden. Eine Karosserie, die Garner eigenhändig umgekehrt wieder aufs Chassis montierte und damit herumfuhr oder die Pläne für sinnvolle (also: sinnfreie) Erfindungen rund um das Allerheiligste konnten in derselben Manier als hedonistischer Freakeinfall abgetan werden.

Selbstinszenierung

Für mehrere Late-Night-Shows war sie – damals äusserlich noch Philipp Garner – der jeweils letzte Gast, der ausgefallene Erfindungen präsentierte: Ein Mechanismus für die öffentliche Probe von geheim bleiben müssen den Reden, eine Tanzhilfe für gemischtgeschlechtliche Paare, ein Büstenhalter, der zeitgleich die Funktionen des Walkman übernimmt oder als Megaphon zum skandieren von Parolen dienen kann, den halben Herrenanzug, der das Umziehen zwischen Business und Beach überflüssig macht, usw. Zum Auftakt der textreichen (häufig auf deutsch übersetzten) Schau des Kuratorinnenduos Fiona Alison Duncan und Maurin Dietrich sind Selbstinszenierungen in der Ästhetik der damaligen Modefotografie zu sehen: Ein Krawattengürtel, der unschwer als Anlehnung an Jo-

séphine Bakers Bananenröckchen erkennbar ist, doppelreihig zu tragende Krawatten, was die Männlichkeit des Trägers unverkennbar nochmals erhöht, oder die Umkehr, die Stellvertretung eines Haarzopfs an dessen Stelle, was die eben getroffene Einschätzung konterkariert, indem Garner ihr das Fundament unter den Füßen entzieht. In den 1980er-Jahren begann Garner mit der verbotenen, also auch verheimlichten Einnahme von Östrogen. Gegen aussen hin vermarktete sie diesen Akt als logische Konsequenz eines spielerischen Verständnisses des eigenen Körpers als Kunstträger, aber aus ausgelegten Briefen und Texten spricht sehr wohl eine grosse Dringlichkeit, «den Körper und die Seele als eine Einheit» erleben zu wollen. Um die damit einhergehende Schlacht des Geschlechterkampfes auszufechten, schaltete sie extrem sexistisch formulierte Kontaktanzeigen, indem sie ihren Exotismus als Lustgarant für auf sexuellen Exotismus anspringende Kundschaft anpries. In einer weiter ausholenden Verortung gleicht ihr Werk unter einem politischen Aspekt der (annähernd verzweifelnden Ohnmacht einer) Antikriegshaltung der Dada-Bewegung und erfährt auch dieselbe Rezeption: Unentschieden zwischen sogenanntem Unverständnis und aktiver Ignoranz.

Pippa Garner: «Act like you know me», bis 14.5., Kunsthalle, Zürich.

Unbarmherzig



Im Speisewagen im Intercity von Zürich nach Bern kam ich mit einem Mann ins Gespräch. Wir sassen am gleichen Tisch, es war später Nachmittag und es war vor vielen Jahren. Der Mann war unterwegs an eine Preisverleihung, wie sich herausstellte, hatte er bei einem Schreibwettbewerb gewonnen. Das Buch schickte er mir später einmal zu, es hiess «Der unbarmherzige Samariter» und handelte von einem Ehemann, der aus purer Hilfsbereitschaft eine weitere Frau in sein Haus aufnahm, mit der er dann ebenfalls eine Beziehung anging. Und beide Frauen brachten es fertig, das Verhältnis des Mannes mit der jeweils anderen nicht zu bemerken. Des Weiteren habe ich keine Ahnung mehr, wie die Geschichte ausging.

Was mir vor allem in Erinnerung blieb, ist, dass mir der Mann im Zug auch von seinem Beruf erzählte. Er war Seismologe, ausgerüstet mit einem Alarm. Sollte es irgendwo rütteln, musste er augenblicklich los. Seither, und hier kommen wir zum Punkt, muss ich an ihn und unsere Begegnung denken, wann immer es auf der Erde bebt. Ich frage mich

dann jeweils als Erstes, ob der Alarm bei diesem Mann, dessen Namen ich nicht mehr weiss, wohl losgegangen ist und er schon längst in einer Zentrale sitzt und das Beben beobachtet und ob er noch weitere Bücher geschrieben hat, wobei ich Letzteres nicht unbedingt hoffe.

Jetzt hat es wieder gebebt. Es ist eines der schwersten Erdbeben der jüngeren Geschichte, das vor wenigen Tagen den Südosten der Türkei und den Nordwesten Syriens erschüttert hat. Tausende Gebäude wurden zerstört, darunter auch Spitäler. Während ich diese Zeilen schreibe, ist die Zahl der Toten auf 12 000 gestiegen, die der Verletzten auf über 23 000. Strassen und Wege wurden verschüttet, so dass gewisse Orte nicht zugänglich sind. Was insbesondere für Syrien gilt, wo das Erdbeben die Schwächsten getroffen hat. Es ist, als ob die Natur hier ihre unbarmherzigste Seite zeigt, indem sie Unglück zu Unglück trägt und noch Kälte, Regen und Schnee dazu gibt.

Nun ist es aber – wie man lesen kann – nicht unbedingt so, dass das Erdbeben eine Überraschung war. Wenn man auch den genauen Zeitpunkt nicht voraussagen konnte, so war doch klar, dass es kommt. Das haben Seismologen immer wieder an die Behörden

herangetragen. Offenbar hat man aus dem schrecklichen Erdbeben von 1999 doch nur kurzfristig etwas gelernt, die damals eingeführte sogenannte Erdbebensteuer sei zu mehr als der Hälfte anderswo versickert, wie die Opposition in der Türkei behauptet. So wurde also nicht in erdbebensichere Häuser investiert, die Infrastruktur nicht verstärkt, die Leute nicht geschützt. Und auch die Menschen in den durch Erdbeben gefährdeten Gebieten haben sich arrangiert. Teils, weil sie sich eine solche Renovation gar nicht leisten könnten, aber auch weil sie ein paar Wochen oder Monate nach einem Unglück mit der ständig lauenden Gefahr leben lernen, indem sie sie einfach verdrängen.

Das wiederum erinnert mich an die Klimakatastrophe. Viel zu fest. Auch sie nehmen wir nur wahr, wenn uns ein Tsunami oder sonst eine aussergewöhnliche Überschwemmung um die Ohren fliegt. Zwischen solchen Ereignissen können wir ganz gut verdrängen, die Augen vor dem Offensichtlichen verschliessen und wegschauen und so tun, als würde da nicht noch eine zweite Frau im Haushalt leben.

Bis sie wieder zuschlägt, die unbarmherzige Natur.

Andrea Sprecher

Reklame

**WIR ERGREIFEN
PARTEI
FÜR DICH.**

Jacqueline Fehr und
Priska Seiler Graf
zusammen mit Martin Neukom
und Anne-Claude Hensch
in den Regierungsrat

SP
LISTE 2

SP